

Annonce:
Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Hrn. Krupskl (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Strelitz;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreihund siebziger
Jahrgang.

Annonce:
Annahme-Bureaus:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Moß;
in Berlin:
A. Reitmeier, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Bach & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
S. E. Daube & Co.

Mr. 59.

Das Aboonement aus dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz
Bremen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Freitag, 11. März

Inserate 14 Sgr. die fünfgepaßte Zeile oder
decen Raum. Metallen verhältnismäßig höher,
sind an die Erstellung zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 10. März. Se. M. der König haben Allernädigst geruht: Dem Kanzlei-Rath Rück und dem Rechnungs-Rath Reimann, beide beim Konistorium der Provinz Brandenburg, den Nothen Adler-Orden 4. Kl.; sowie dem Tischlermeister Sandmann zu Görsdorf die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den bisherigen Berg-Rath Osann zum Ober-Rechnungs-Rath und vortragen Rath bei der Ober-Rechnungskammer zu ernennen; dem Kreis-Physikus Dr. Disse in Höxter den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; und den Lehrer Seidel an dem Seminar für Stadtschulen in Berlin zum Seminar-Direktor zu ernennen.

Der Baumeister Orban zu Wilhelmshaven a. d. Jade ist zum Reg.-Wasser-Baumeister ernannt und demselben die Wasser-Baumeister-Stelle in Küstrin verliehen worden.

Der Obergerichts-Anwalt Brückwede in Osnabrück ist zugleich zum Notar für den Bezirk des Obergerichts zu Osnabrück, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Osnabrück, ernannt worden.

Dem Seminar-Direktor Seidel ist die Direktion des Schullehrer-Seminars in Reichenbach Ob.-L. übertragen worden.

Aus den süddeutschen Kammern.

Aus den Verhandlungen des badischen Landtages empfangen wir jetzt ein Bild der Eindrücke, welche der Essenerische Antrag und die Reichstagsdebatte vom 24. Februar dort gemacht haben. Wenn aus dem Widerspruch des Bundeskanzlers für schwache Gemüther bedenkliche Opportunitätszweifel erwachsen, so können wir uns jetzt nur in der Überzeugung bestärkt fühlen, daß es für eine wahrhaft nationale Angelegenheit ersten Ranges, deren allseitiges Interesse nie ewig gegenwärtig ist, keine Opportunitätsbedenken geben darf. Was im jetzigen Augenblick der preußischen Diplomatie vielleicht höchst ungelegen kommt, ist in kurzer Frist wohl schon derselben als ein wesentliches Förderungsmittel dienlich. Hätte die preußische Diplomatie in früherer Zeit auch nur den Zollverein zu Stande gebracht, wären ihr nicht fortwährend aus den nationalen Bestrebungen höchst unbedeute Mahner erstanden?! — Die offiziellen Erklärungen des badischen Ministeriums widerlegen die Bismarck'sche Verdächtigung, als sei Laskers Mahnung „auf Bestellung“ organisiert, mit einem schlagenden Gegenbeweis. Auch den Verdacht, als könnte die badische Regierung in ihrem patriotischen Streben ermatten, meisen die Redner der badischen Kammer, sowohl vom Ministertheile, als aus den Reihen der Mitglieder, bestreit zurück. Es wäre auch ohnedies nicht zu befürchten, daß Badens Rechtsanspruch etwa durch Rechtunterbrechung verjähren könnte. Aber es ist immerhin wichtig, daß die Nation erkenne, wo die Schuld und wo das Verdienst zu suchen sind, welche Bundesgenossen zu unterstützen und welche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der badische Abgeordnete Echardt sprach es wiederum aus, daß der Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund oder die Erfüllung der „Gleichberechtigung mit den nördlichen Theilen Deutschlands“, wie seine Worte lauteten, nur mit freiheitlichen Bestrebungen zu betreiben sei, daß das Ziel zu erstreben sei, nicht als eine Gnade, sondern als ein Recht. Zum Schluss erklärte Hr. v. Freydorf, der Minister des Auswärtigen, zum Eintritt in einen Südbund würde sich Baden nicht zwingen lassen, Baden sei souverän und würde sich am Eintritt in den Nordbund von keinem fremden Staate behindern lassen. Doch wäre das unseres Erachtens wahrlich kein Grund, „die Sahne auf der Schippermilch zu belassen“, — denn auch ohne Badens Einwirkung würde kein Südbund zu Stande kommen. Freilich berichtet uns gerade heute ein Telegramm aus Stuttgart, daß gleich nach Eröffnung des württembergischen Landtags der großdeutsche Abgeordnete v. Schott eine Interpellation an den Ministerpräsidenten v. Barnabüler, bezüglich dessen im Jahre 1867 angeblich gehanter Ausführungen über den Casus foederis der Allianzverträge mit Preußen“ angeläufigt habe. Jedes Kind sieht, worauf das hinaus will und daß eine zwischen den bairischen und den württembergischen Bundesfeinden abgesetzte Taktik bezweckt, die Allianzverträge durch Zweideutigkeiten wegzinterpretieren, um das gegnerische Ausland über deren Tragweite schon jetzt zu beruhigen, — als ob dadurch Preußens Waffenevre und Deutschlands Integrität gleichsam unter die Vormundschaft der Herren v. Barnabüler und Graf Bray gestellt wäre. Wie erfolglos solche Versuche auch sein mögen, sie beweisen dennoch, daß es nicht genügt und nicht angeht, in ruhig abwartender Haltung die süddeutschen Gegner ungefähr operieren zu lassen und den treuen Anhängern die verdiente Aufmunterung und Anerkennung zu versagen.

Deutschland.

△ Berlin, 10. März. Die Erklärung, welche in der heutigen Reichstagssitzung bei Gelegenheit der Besprechung des Lehndorff'schen Antrages der Bundeskanzler abgab, könnte man verluft sein, dahin zu deuten, daß möglicherweise der Bundesrat sich noch zu einer Aufhebung der Todesstrafe verstehen könnte. Diese Auslegung glaube ich als unrichtig bezeichnen und bei meiner neulichen Mitteilung stehen bleiben zu dürfen, daß die Bundesregierungen bei ihrer einmal abgegebenen Erklärung zu verharren entschlossen sind. Der Bundeskanzler hat sich vielmehr heute auf den von ihm bei öfteren Gelegenheiten eingenommenen Standpunkt des Kompromisses gestellt und andeuten wollen, daß, da bei der Durchberatung des Strafgesetzentwurfes ohne Zweifel der Reichstag nach verschiedenen Richtungen hin Zugeständnisse und Aenderungen beantragen werde, sich erst hin-

terher zeigen könne, ob das Gewicht der Konzessionen, welche die Bundesregierungen alsdann zu machen bereit seien, in den Augen der besonnenen Mitglieder des Reichstages groß genug sei oder nicht, um ihrerseits in Betreff der Todesstrafe das erste Votum zurückzunehmen. Wie man sich auch zu der Frage der Todesstrafen stellen möge, darin wird man einer neulichen Bemerkung der „Weser Blz.“ doch wohl bestimmen müssen, daß ein revidirtes, am Reformier reiches Strafgesetz mit der Todesstrafe doch immerhin dem alten Gesetz, das gleichfalls die Todesstrafe besitzt, vorzuziehen sei, um so mehr, als ja durch die Einführung des neuen Gesetzes die Einheit des Norddeutschen Bundes abermals um ein gutes Stück gefördert werde. — Nächstens wird dem Reichstage über den Antrag des Abgeordneten Aegidi auf Errichtung einer obersten Bundesbehörde in Betreff der Gesundheitspflege und der dahin gehörenden Aufgaben Bericht erstattet werden. Der Antrag ist ohne Zweifel wohl gemeint und seine Ausführung könnte unter Umständen recht gute Folgen für die Gesamtheit der Bundesangehörigen haben. Indes lassen die Erfahrungen, die man vor einiger Zeit mit einer derartigen Schöpfung in England gemacht, einigermaßen zweifeln, ob der Gedanke ein recht praktischer ist und wünschen, daß das vorliegende Material erst noch weiter abgewogen und ergänzt werde. Das board of health, die hier gemeinsame englische Behörde, hat nur einige Jahre bestanden, dann sah man ein, daß es damit nicht ging, und überließ die Sache den lokalen Gewalten. — Als ich Ihnen vor einigen Tagen schrieb, die Regierung habe den Gedanken an eine außerordentliche Session des Landtages keineswegs aufgegeben, meldete die „Korr. St.“ gleichzeitig dasselbe, aber mit dem Aufsehen machenden Zusatz, es sei dabei vorsichtig auf Erledigung einer Finanzvorlage abgesehen, die den Zweck habe, dem Finanzministerium einen Betriebsfonds von c. 10 Millionen zu verschaffen. Auch die in Vorschlag zu bringenden Modalitäten für die Aufbringung dieses Fonds wurden bereits detailliert. Sie dürfen diese Nachrichten zu den übrigen nicht bewährten der genannten Korrespondenz werfen. Von einem solchen Projekt ist im Schoße der Regierung überhaupt nicht die Rede gewesen, also kann von der Vorbereitung eines Antrages für den Landtag erst recht nicht gesprochen werden. Ist die Mittheilung nicht ein bloßes Produkt der Phantasie, so hat der Gewährsmann des „Korr. St.“ möglicher Weise einen unter der früheren Finanzverwaltung angeregten Gedanken der Vergessenheit entreichen wollen. Unter der gegenwärtigen Verwaltung sind derartige Projekte gar nicht in Erwägung gekommen, einfach schon deshalb nicht, weil die Dringlichkeit für solche Erwägung gar nicht vorliegt.

○ Berlin, 10. März. [Antrag Lehndorff. Strafgesetzbuch. Aus der Petitionskommission. Interpellationen. Gotthardtbahn. Civilprozeßordnung.] Ueberraschender, als der Antrag Lehndorff, den allgemeinen Theil des Strafgesetzbuches sofort zur 3. Lesung zu stellen, kam heute die Erklärung des Bundeskanzlers in ihrer abweisenden Haltung. Man hatte allgemein geglaubt, der Antragsteller handele in voller Uebereinstimmung, wenn nicht gar im Wunsche des Bundeskanzlers, sonst hätte man gestern schon den Widerspruch gegen den Antrag erhoben, der jede heutige weitere Verhandlung überflüssig gemacht haben würde. Es ist nun allgemein die Ansicht verbreitet, daß dennoch ein gewisses Einverständnis stattgefunden habe, um wenigstens die Erklärung abzugeben, welche heute Morgen erfolgte und vollständig dem entspricht, was wir über diese Angelegenheit als die bekannt gewordene Meinung in bundesträthlichen Kreisen gemeldet haben. — Wenn die Berathung über das Strafgesetzbuch wieder aufgenommen sein wird, so hofft man damit um so schneller vorwärts zu kommen, als man sich über die streitigen Punkte im Voraus in den Fraktionen einigen will, während man allgemein erwartet, daß der von der Kommission inzwischen erledigte Theil zur en bloc Annahme gelangen wird. — In der Petitionskommission des Reichstages beschäftigte man sich heute mit den von uns erwähnten Petitionen gegen die Seemannsprüfungs-Ordnung, an denen sich auch die hambuger Handelskammer beteiligt hatte. Ein Mitglied der letzteren, der Abg. Hinrichsen wohnte als Zuhörer den Verhandlungen bei. Man beschloß, die Petitionen dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, ob die betr. Verfügung vom 25. Sept. v. J. nicht einer nochmaligen Prüfung unterworfen und den Wünschen der Petenten nach Verbindung der Prüfung der Steuerleute mit derjenigen für Schiffe in großer Fahrt nicht Rechnung zu tragen, sowie endlich ob nicht die Bestimmung, die Länge nach Monddistanzen zu bestimmen, aus den Seemannsprüfungen zu entfernen und nur in die Prüfung für Schiffer aufzunehmen sei. Eine Anzahl von Petitionen wegen Aufhebung der Elbzölle kam nicht mehr zur Berathung; es wurde indessen von dem Vertreter der Bundesregierungen, dem königl. preuß. Geh. Reg.-Rath Michaelis, mitgetheilt, daß er in dieser Angelegenheit eine die Petenten durchaus befriedigende Erklärung abgeben würde. — Von den Abg. Niendorf und Gen., unter denen sich auch der Freiherr v. Rothschild befindet, wird demnächst eine Interpellation eingereicht werden, welche anfragt, erstens, ob der Bundeskanzler gewillt sei, eine Gesetzesvorlage wegen Einführung der fakultativen Fabrikatssteuer bei der Besteuerung von Spiritus in dieser Session des Reichstages wieder einzubringen; oder zweitens, was derselbe sonst für Schritte zu thun gedenke, um

gegen die zahllosen Beschwerden und Klagen der wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten der Raumsteuer, sowie deren höchst ungleiche Repartition zu befeitigen? — Eine fernere Interpellation, welche die Fortschrittspartei vorbereitet, soll sich auf die Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung und namentlich auf deren Bezeichnung in Bezug der gewerblichen Unterstützungs klassen und die Fixierung der Begriffe „Zentralbehörde“ etc. beziehen. — Seit einigen Tagen sind die Mitglieder des schweizerischen Komites für die Gotthardbahn unter Führung des Hrn. Alfred Escher hier anwesend. Dieselben hatten Konferenzen mit dem Bundeskanzler Grafen Bismarck und den Staatsministern Delbrück, Campenhausen und Graf Isenpflz. Die Besprechungen bezogen sich auf die Beschleunigung der Vorlage an den Reichstag mit Rücksicht darauf, daß die Staatsverträge zwischen Italien und der Schweiz an die resolute Klausel geknüpft seien, daß bis zum 1. Mai d. J. die deutschen Staaten den Verträgen beitreten sein müßten. Gleichzeitig fanden Verhandlungen der Komitee-Mitglieder mit hiesigen Bankhäusern statt, die dahin führten, daß Letztere bestimmte Propositionen genehmigten, wodurch die Beschaffung des ganzen Gesellschaftskapitals sicher gestellt werden und die Bildung einer Aktiengesellschaft erfolgen kann. Diese Propositionen, auf welche wir gelegentlich zurückkommen werden, sind auf solidester Basis normirt, so daß gar nicht zu bezweifeln ist, daß sie im Wesentlichen von den schweizerischen Bankhäusern angenommen werden möchten. — In weiterer Bestätigung unserer kürzlich gegebenen Nachricht, daß zur zweiten Lesung der Civilprozeßordnung Personen des Anwaltsstandes herangezogen werden würden, erfahren wir, daß dafür u. A. der Justizrat Dorn hier selbst, Anwalt beim Obertribunal, der auch bereits bei der Strafgelebuchscommission thätig war, in Aussicht genommen worden sei.

— Der „St.-A.“ veröffentlicht 1) das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Lycker Kreises im Betrage von 40,000 Thlr. III. Emision vom 5. Febr. c. 2) das Gesetz, betr. die Theilnahme des Staatsdienstes in Neuvorpommern und Rügen an den Kommunallasten und den Gemeindeverträgen vom 23. Febr. c. 3) das Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar c.

— Nach einem Telegramm der „N. Fr. Pr.“ wird der König in diesem Jahre sicher zur Kur nach Karlsbad gehen.

— Das Zollparlament wird, wie der „A. Z.“ aus München mitgetheilt wird, zum 21. April einberufen werden; die Session soll etwa 14 Tage dauern.

— Das früher in Aussicht gestellte Patentgesetz für den Norddeutschen Bund wird in dieser Session nicht mehr vorgelegt werden; es scheint, daß man sich im Bundesrat nicht hat über die Prinzipien einigen können, welche in dem Gesetz zur Geltung kommen sollen.

— Die Prov.-Korr. vertheidigt den Standpunkt der Minorität des Reichstages und des Grafen Bismarck in Sachen der Todesstrafe mit dem bekannten biblischen und den übrigen im Reichstage zurückgewiesenen Gründen. Sie schließt diesen Artikel mit folgenden Sätzen:

„Noch ist die Möglichkeit vorhanden, daß der Reichstag bei der schließlichen Berathung auf den Weg der Verständigung über diese wichtige Frage einlenkt. Wenn diese Hoffnung sich nicht erfüllt, so wird dadurch das Bestandkommen des neuen Strafrechts unmöglich gemacht werden, nicht aber die Regierung gezwungen werden können, den gegenwärtigen Rechtszustand in Betreff der Todesstrafe preiszugeben.“

— Die Regierung darf unbedingt vertrauen, daß das Volksbewußtsein in dieser Frage entschieden zur Seite steht und daß sich dies einbrechenden Fällen auch offenkundig betätigten werde.“

— Von dem in Bayern eingetretenen Ministerwechsel sagt die „Prov. Korresp.“:

„Die politische Vergangenheit und bewährte Gesinnung des neuen Ministers, welcher auch bei dem Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Bayern und Preußen betheiligt war, dürfen als eine neue und sichere Bürgschaft dafür gelten, daß die königlich bairische Regierung fest entschlossen ist, in den bisherigen nationalen Richtung ihrer Politik auch dem Norddeutschen Bunde gegenüber zu verharren.“

— Der Oberbürgermeister Rieske und der Stadtverordnetenvorsteher Dickert, welche als Deputation in der Kriegsschuldenfrage aus Königsberg hier eingetroffen und von dem Könige, dem Kronprinzen und den Ministern empfangen worden waren, sind nach Königsberg zurückgekehrt.

— Bei einem vorgestern vom Reichstagsabg. v. Sybel gegebenen Diner wohnten außer den Gefunden von Nordamerika, der Schweiz und der Hansestadt auch die Herren Cocher, v. Graffenreid und Zahn bei, welche in Angelegenheiten der St. Gotthardtbahn schon seit einigen Tagen in Berlin verweilen, um mit den beteiligten Behörden und der Finanzwelt zu verhandeln. Allem Anschein nach nehmen diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf.

— Nach den der „Z. C.“ zugehenden Mittheilungen hat der in der vorjährigen Session Seitens des Abg. Schulze-Delitzsch eingebrachte Gesetz-Entwurf wegen Verleihung der juristischen Persönlichkeit an die Vereine nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden.

— Hr. v. Schweizer wird in den nächsten Tagen eine Volksversammlung zur Besprechung der Thätigkeit des Reichstages einberufen. Die Mitglieder des Reichstages erhalten spezielle Einladungen für „reservierte Sitze.“ Diese Bevorzugung erscheint nothwendig, um bei einer Wiederholung der Konzerthausszene die persönliche Sicherheit der Reichstagsherren garantiren zu können.

— Bekanntlich ist der Streit um das Celler Denkmal, bezüglichweise um das Eigentumsrecht an dem Platz, bisher auf gerichtlichem Wege nicht entschieden worden, vielmehr besteht unsres Wissens das Inhabitorium noch in Kraft, nach welchen beiden Theilen eine Verfügung über das Denkmal oder den Platz bei Strafe untersagt wurde. Um so auffälliger erscheint eine Mittheilung, welche der „B. f. N.“ aus Celle zugeht. Hier nach hat das Militär am 7. d. M. plötzlich auf dem in Rede stehenden Platz zwei Schilderhäuser und Posten aufgestellt und auch durch sonstige Handlungen tatsächlichen Besitz von dem Platz ergriffen.

— Verschiedene Zweifel, welche in neuerer Zeit bei Anwendung der durch den Ministerialerlass vom 25. April 1865 ertheilten Vorschriften über das Verfahren bei Besiegung der Gemeinde- und Instituten vorstehendemstellen hervorgegangen sind, haben es erforderlich gemacht, einzelnen Bestimmungen dieses Erlasses Erläuterungen und Ergänzungen hinzuzufügen. Bei dem Umfang dieser Zufüge erscheint es der Niederschriftlichkeit wegen wünschenswerth, eine neue Redaktion des bezeichneten Erlasses vorzu-

nehmen. Die Minister des Krieges, für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten des Innern und der Finanzen haben daher durch Birkularerlaß vom 4. v. M. den vom 25. April 1865 außer Kraft gesetzte und neue Vorschriften festgestellt. Zuerst wird die Art der Kontrolle geregelt, aus welcher hervorgehen soll, daß die Rechte der Forstverwaltungsberechtigten bei allen dazu geeigneten Gemeinde- und Instituten-Forststellen und in jedem einzelnen Erledigungsfalle gehörig berücksichtigt werden. Dann werden die Grundsätze für Besetzung der Gemeinde- und Instituten-Forststellen rücksichtlich der dazu zu wählenden Anwärter gegeben. Weiter folgen die Bestimmungen für Besetzung der den Anwärtern des Jägerkorps zustehenden Stellen. Jede Erledigung soll außer durch das Amtsblatt, resp. die Kommunal- und Kreisblätter durch Bekanntmachung in den „in dem betreffenden Bezirke am meisten gelesenen Zeitungen“ zur Kenntnis der Anwärter gebracht werden.

Braunsberg. Der ermländische Bischof Dr. Kremenz, welcher der einzige Bischof der Provinz Preußen auf dem Konzil in Rom ist, hat an die Geistlichkeit seiner Diözese einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er ihnen zwar sagt, daß er die auf der Versammlung deutscher Bischöfe in Fulda aufgestellten Grundsätze theile, aber ein Gegner des Stiftsprobst Dr. v. Döllinger in München sei, der befürchtet ziemlich stark gegen die Infallibilität des Papstes zu Felde zog. Dr. v. Döllinger ist einer der bedeutendsten katholischen Gelehrten, aber kein besonderer Freund der Jesuiten. Dr. Kremenz mißbilligt das Vorgehen einiger Katholiken Braunsbergs, die in einer Beifalls- und Zustimmungsadresse an Hrn. v. Döllinger ihre freisinnigen Ansichten über das Konzil zu erkennen geben. Schließlich tritt derselbe der Zeitungsnachricht entgegen, als habe er dem Professor Dr. Michaelis mit Androhung der Exkommunikation verboten, seinen Protest gegen die Infallibilität zu veröffentlichen. (Br. 8.)

Insterburg. 9. März. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde hinsichtlich der Besteuerung der kaiserlich russischen Telegraphenbeamten beschlossen: Die Beamten zur Zahlung der Kommunalsteuer heranzuziehen und den Magistrat zu beauftragen, sofort mit der Einziehung der Steuer von den betreffenden Beamten vorzugehen. (Pr. 8.)

Stuttgart, 10. März. (Tel.) Die volkswirthschaftliche Kommission des Abgeordnetenhauses hat einstimmig den Gesetzentwurf, betreffend die sofortige Aufnahme eines Anlehens von 8 Mill. Fl. für den Bau von Eisenbahnen auf Abzug des in dem vorgelegten Eisenbahnbaugesetz veranschlagten Gesamtbedarfs, genehmigt.

ÖSTERREICH.

Wien, 9. März. Ueber die lezte Abgeordnetenkongress beim Minister Dr. Gisela in Sachen der Wahlreform erfährt die „N. Fr. Pr.“ noch nachträglich, daß dieselbe zum Gegenstand weiterer Berathungen gemacht und, wenn sich die zu einer Verfassungsänderung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln durch Unterschrift für die Vorlage, wobei Modifikationen derselben nicht ausgeschlossen sind, erklärt haben wird, in das Haus gebracht werden soll. Eine wesentlich die Vermeidung solcher Wahlen, wobei es auf die Nichtausübung des angenommenen Mandates von vornherein abgesehen ist, bezweckende Bestimmung des Wahlgesetzentwurfs ist die, daß jeder Wahlkandidat eidlich geloben muß, sein Mandat auszuüben, widrigensfalls die Wahl als ungültig erklärt wird. Es würde damit eine der gehäufigsten Praktiken des Scheinkonstitutionalismus, der Kandidatenfeind eingeführt und dadurch die Volksvertretung gefälscht werden; überall, wo diese Institution beliebt worden ist, hat sie noch stets zu den gehäufigsten Folgen geführt, indem Kandidaten als gewählte Abgeordnete proklamiert wurden, die nur eine winzige Minorität der Stimmen auf sich vereinigt hatten, während die Stimmen der Majorität, als auf einen unbedeutenden und darum nicht wählbaren Kandidaten abgegeben, für ungültig erklärt wurden.

Für die Landtage von Böhmen und Mähren würden dem „Pester Lloyd“ zufolge in vierzehn Tagen die Neuwahlen an Stelle der ihres Mandates verlustig erklärt, „Declaranten“ ausgeschrieben werden. Die letzten Vorgänge hätten es der Regierung im Interesse des Ausgleichs wünschenswerth erscheinen lassen, daß die Partei der Jungzechen erstarke. In dieser Richtung sind vom deutschen Casino in Prag Vereinbarungen getroffen worden, die eine Art von Kompromiß bei den Wahlen in Aussicht stellen. Die deutschen Wähler derjenigen Wahlbez-

Lebensgeschichte des Postsekretärs Glend.

(Für die „Posener Zeitung“ geschrieben von O. R.)
(Fortsetzung.)

Mittelfingen, den 15. August 1857.

Das hohe Dekret vom 10. huj. ist mir zugekommen und habe ich daraus die betrübende Wahrnehmung geschöpft, daß meinem, von der bittersten Noth inspirirten Vorschlage Gesinnungen unterlaufen sein sollen, die zu hegen ich mich allerdings schämte. Fern sei es von mir, die Weisheit der Behörde anzuzweifeln oder die von derselben ausgehenden Maßregeln irgend einer Kritik unterwerfen zu wollen. Nur die vorliegende mathematische Unmöglichkeit, mit 20 Fl. Einnahme 22 Fl. 30 Kr. Strafen außer meinen Bedürfnissen zu decken, brachte mich auf den Gedanken, diesen anscheinend unlösabaren Widerspruch durch ein Projekt aufzuheben, in welchem die Straftendenz der Verwaltung durchgeführt und der Bestrafte doch befähigt bliebe, anderweitigen Verpflichtungen ohne erneute Ordnungswidrigkeiten, als da sind: Obdachlosigkeit, Kontrahirungen von Schulden &c. nachzukommen.

Was die gerügte Parallele anbetrifft, so verdankt dieselbe ihren Ursprung harmlosen Jugendminnenzen und schien mir daher nicht entwürdigend.

Als Penäler nannen wir uns unter einander gewöhnlich Kamele, und doch war unsere damalige Situation verglichen mit der gegenwärtigen, eine beneidenswerthe, wenigstens habe ich mich seitdem mehr dem Wirkungskreis eines Kameels, als dem eines auf freier Selbstbestimmung basirten Menschenlebens genähert.

Es läßt sich indessen nicht verkennen, daß der Vergleich eines Fürstl. Ober-Postamts ungleich schöner ist, und hat mich derselbe wahrhaft gerührt.

Erhabenes, unerreichbares Vorbild! Vierzig Tage lang von Wurzeln zu leben und noch Entzagung zu predigen, welcher Urthypus eines Mäßigkeits-Apostels!

Warum bist du kein Postbeamter geworden? Freilich hast du nach christlicher Zeitrechnung anno Null gelebt und die Verhältnisse haben sich geändert; freilich hast du schwerlich jemals das verdrießliche Gesicht eines in der Hoffnung auf Bezahlung getäuschten Haushaltsherrn gesehen; Sitte und Breitgrad deines Vaterlandes bedingen kein anderes Kostüm, als das unserer leichtsinnigen paradiesischen Voretern, von einer Fürstlich Dittelbergerischen Uniform ganz zu geschweigen. Aber immerhin wärst du mit deinem Opfermuthe, deinem Duldersinn, deinen mäßigen

Zirkle, in denen kein verfassungstreuer Kandidat aufgestellt wird, sollen nämlich aufgesondert werden, ihre Stimmen dem jeweiligen Kandidaten der Jungzechen zu geben, um so der passiven Politik ein Ende zu machen. Bis jetzt haben alle derartigen Spekulationen auf eine Spaltung der czechischen Parteiführer, wie der gemeinsame Absagebrief Riegers und Gladowskys beweist, keinen rechten Boden gefunden. — Man telegraphiert der „N. Fr. Pr.“ aus Pest: „Sämtliche Seher lehnen zur Arbeit zurück, der Streit ist zu Ende.“

Wien, 10. März. (Tel.) Die von der „Times“ gebrachte Analyse der Note des Grafen Beust an den Botschafter in Rom Graf Trautmannsdorff betreffend das Konzil, kann keinen Anspruch auf Authentizität machen. Das Original ist in viel entschiedenerem Tone gehalten.

Belgien.

Brüssel, 10. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, demzufolge die Salzsteuer und der Einfuhrzoll auf Fische aufgehoben, das Porto für Briefe im Inlande auf 10 Centimes herabgesetzt, dagegen die Steuer für Erzeugung von Alkohol um einen Franc erhöht werden soll.

Frankreich.

Paris, 8. März. Gestern beim großen Versöhnungsdiner, das Marquis d'Andelarre den beiden Centren gab und dem alle Minister, mit Ausnahme des erkrankten Rigault de Genouilly anwohnten, hielt Emile Ollivier folgenden Toast:

„Ich trinke auf die beständige und immer enger werdende Einheit des linken und rechten Zentrums, sowie auf das stete Einverständnis des Cabinets mit dem einen wie mit dem anderen. Unsere Kraft liegt vor Allem darin, daß wir unser Bestehen nicht dem Zufall oder einer Laune des Schicksals verdanken; wir sind das Ergebnis einer mächtigen Anstrengung des Landes und des Willens der Kammer. Unsere Freunde sind weder Höflinge noch Schmeicher; es sind die Genossen der früheren Zeit, die Gefährten unserer Kämpfe. Und die neuen Freunde, die sich den so teuren Genossen der ersten Stunde beigegeben, sind uns nicht entgegengetreten, um einen plötzlich aufgehenden Stern zu begrüßen, sondern um dem langen Ausharren in denselben Prinzipien ihre Achtung zu bezeigen und um uns zu helfen, unserer Sache den Sieg zu bereiten! Giebt es denn eine thurerre, eine heiligere Sache als der friedliche Aufbau der Freiheit! Als die Einwurzelung einer volkstümlichen Dynastie durch die Demokratie? Wer, der Größe dieses Ziels gegenüber, könnte es verweigern, seinen persönlichen Bedenken, seinen Misstrauens, seinen Ungeuld Schwäche zu gebieten? Und wer nur vermöchte einen anderen Ehrengipfel als denjenigen zu hegen, an diesem gemeinsamen Werke mitzubauen? Seien Sie guten Wuthes! In der patriotischen Armee, die wir führen, blüht den einfachen Soldaten ein eben solcher Hymnesanthel, als den Feldherren! Letztere sind nur bewußt, weil die härtesten Schläge sie treffen. Verleihen Sie uns auch ferner Ihre Mitwirkung und lassen Sie sich nicht abschrecken durch die Fehler, die wir begangen haben oder durch die, welche wir sicherlich noch begehen werden. Die Fehler der Politiker sind wie die schwarzen Schafe, welche die Alten dem Schicksal opfertern. Nur Eins erblüht uns, indem Sie uns unterstützen, kennzeichnen Sie uns stets unsere Fehler und Irrthümer. Und wenn wir hier und da, von den Geschäftsräumen erdrückt, Ihre Bewerfungen mit Ungeuld, mit einer gewissen Nervosität, aufnehmen, lassen Sie Sich dadurch nicht entmutigen; bestehen Sie auf Ihrem Rechte und machen Sie es wie der Arzt, der, trotz des Wehgeschreies des Kranken, die Hand auf die Wunde drückt, um den Apparat anzuregen, von dem er die Heilung erwartet. Seien wir wohlwollend und gut gegen uns untereinander. Hegen wir gegenseitig Vertrauen zu uns. Und trotz der Schwierigkeiten, trotz unvorhergesehener Busfalle, ich sage es laut: Wir werden siegen!“

Heute Nachmittag machten ungefähr 800 Rekruten eine Manifestation vor den Bureaux der „Marceillaise“. Dieselben gehörten zum Wahlbezirk Rochefort. Sie trugen eine mit schwarem Flor behangene Fahne. Nachdem sie einige Minuten lang die Marceillaise gesungen, zogen sie wieder nach ihrem Stadtviertel zurück. Daß die Ruhe weiter gestört wurde, hört man bis jetzt nicht.

Der „Moniteur“ enthält folgende Mitteilung:

„Es ist richtig, daß die französische Regierung kürzlich eine Depesche an

Ansprüchen und deiner Gesinnungstüchtigkeit ein leuchtender Stern am postalischen Himmel geworden, wo solche Qualitäten nach grade unentbehrliche Requisite zu werden pflegen.

Indem ich für diese Abschweifung um Entschuldigung bitte, bemerke ich, obwohl ich die Weisheit der Aussprüche in dem mir zugekommenen hohen Reskript pflichtschuldig anerkenne, dennoch nach der Lektüre desselben nicht habe die Überzeugung gewinnen können, daß der status quo ante meiner traurigen Angelegenheit durch dasselbe irgendwie alterirt worden wäre.

Namentlich bleibt die beklagenswerthe Unmöglichkeit vor wie nach einer Thatsache, mit meinem Gehalte die erkannten Geldstrafen zu kompensiren. Auf den höheren Orts so hart getadelten Vorschlag darf ich selbstredend nicht mehr zurückkommen. Es bleibt also nichts übrig, als die Bezahlung der Strafen auf mehrere Monate zu repartieren.

Soll dieses Auskunftsmitteil indessen nicht illusorisch bleiben, so müßte ich bis zur Abwicklung des jetzigen Debets von weiteren Geldstrafen verschont bleiben, eine Hoffnung, welche ich bei der gegen mich vorwaltenden Stimmung kaum auszusprechen wage.

Mein Bestreben, das hohe Mißfallen auf jede Weise von mir abzulenken, hätte mich nahezu einen Rosentausch begehen lassen. Bisheran war ich immerfort der Angezeigte und Bestrafte, ich wollte einmal der Denunziatant werden und mich speziell auf das jetzt so beliebte Absangen von Dieben und Entdecken von Veruntreuungen bei der Post verlegen. Außer der bald gemachten Erfahrung, daß mein Naturell dieser Gattung des Postdienstes gänzlich widerstrebe, hat mich hauptsächlich die Verachtung, welche den Beamten dieses Genres von der übrigen Postwelt leider gezollt wird, von diesem Vorhaben abgebracht. Zwar ist der Fall einmal vorgekommen, daß ein mit Polizei-Naturell begabtes Postindividuum in öffentlichen Blättern als allgemein beliebt dargestellt wurde, indessen trübt diese Anerkennung eines außergewöhnlichen Dienstleisters eine Verleumdung der niederträchtigsten Art.

Die böse Welt war gleich mit dem malitiösen Kommentar bei der Hand, der Einsender jener Apologie des Postkonstablers sei vermutlich ein von demselben noch nicht abgefangener Dieb, der durch eine derartige Demonstration jeden Verdacht von sich abzulenken bemüht sei. Unter solchen Umständen fehlte es mir leider an dem Grade der Selbstverleugnung, den das ohne Zweifel hoch verdienstliche und patriotische Geschäft des Denunziens voraussetzt. In meiner Noth stieß mir ein neuer Gedanke auf, die Differenz zwischen meiner Einnahme und meiner durch

den heil. Stuhl gesandt hat, um das Recht zurückzuhalten, durch einen speziellen Bevollmächtigten bei den Berathungen des Konzils vertreten zu sein. Indem die französische Regierung diesen Schritt hat, hat sie es nicht verheimlicht, daß sie aus den Voraussetzungen des Birkulars des Fürsten de la Tour d'Auvergne vom 9. Sept. 1869 heraustritt. Es wird aber auch Niemandem entgehen, daß die Lage in Rom sich seit jener Zeit sehr geändert hat. Bis zur letzten Zeit konnte man glauben, daß die Versammlung der Bischöfe den wiederholten Versicherungen des Papstes und des Kardinals Antonelli gemäß sich streng an der Prüfung der dogmatischen Fragen halten werde. Aber heute kann man dies in Folge der Veröffentlichung der Schriften des Konzils nicht mehr hoffen, von denen mehrere Anträge in sich schließen, die theils die Interessen der politischen Ordnung, theils die von dem Konkordat geregelten Interessen berühren. Der Moniteur selbst veröffentlichte Morgen eine Depesche, welche ankündigt, daß das Schema, welches die Erklärung der Unfehlbarkeit vorschlägt, gestern im Konzil auf Befehl des Papstes vertheilt worden ist. Unter diesen Bedingungen hat Graf Daru für die französische Regierung das den katholischen Machten traditionell angehörige Recht, sich im Konzil durch einen speziellen Bevollmächtigten vertreten zu lassen, zurückgesordert. Wir wissen noch nicht, welche Aufnahme der heilige Stuhl dem Verlangen des Kabinetts bereit hat. Nach den letzten Nachrichten wußte man nur, daß der heilige Stuhl später die zu ertheilende Antwort prüfen werde.

Paris, 10. März. (Tel.) Der „Français“ bezeichnet die Nachricht, daß Daru und Ollivier in Betreff der dem Konzil gegenüber einnehmenden Haltung nicht einerlei Ansicht wären, als jeder Begründung entbehrend. Bezuglich dieser Frage, so wie hinsichtlich aller anderen, herrsche im Ministerium das vollkommene Einverständniß. — Der Börsenkommissar hat auf Anfrage von Interessenten die Erklärung abgegeben, daß der Handel in türkischen Losen nicht verboten sei.

Spanien.

Madrid, 4. März. Der Abg. Martos beabsichtigt, die Regierung wegen der dem Infant Alfonso (Prinzen von Asturien) vom römischen Hofe erwiesenen Ehrenbezeugungen und des Besuchs der spanischen Bischöfe bei dem Prinzen zu interpellieren. — Der Herzog von Montpensier hat in einem kleinen Palaste am Ende der Straße Fuencarral im Norden der Hauptstadt Quartier genommen. Der Regent Serrano und viele Abgeordnete haben ihm Besuch abgestattet. — Wegen der in der amtlichen Zeitung mitgetheilten Verabschiedungen, Verseppungen und Ernennungen unter den Statthaltern der Provinzen soll übrigens ein heftiger Zwiespalt im Ministerium ausgebrochen sein, und zwar zunächst zwischen Rivero, dem Minister des Innern, und seinem Vorgänger Sagasta, welcher jetzt an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten steht. Sagasta ärgert sich über die Absezung mehrerer von ihm angestellter Gouverneure, welche ihm persönlich ergeben sind.

Italien.

Rom. Die „Köl. 3.“ ist in den Stand gesetzt, den die Unfehlbarkeitserklärung betreffenden Zusatzartikel zu dem Schema über den römischen Papst mitzutheilen. Derselbe lautet in deutscher Übersetzung:

Buszkapitel zu dem Dekret über den Primat des römischen Papstes, besagend, daß der römische Papst in der Definition von Sachen des Glaubens und der Moral nicht irren könne. Die heilige römische Kirche besitzt den höchsten und vollen Primat und Prinzipiat über die gesammte katholische Kirche, welchen sie von dem Herrn selbst durch den heiligen Petrus, den Apostelfürsten, dessen Nachfolger der römische Papst ist, mit der Fülle der Macht empfangen zu haben, wahrhaftig und demuthig erkennt. Und wie sie vor den Uebungen gehalten ist, die Glaubenswahrheit zu vertheidigen, so müssen auch ewige Fragen, welche in Bezug auf den Glauben entstehen möchten, durch ihr Urtheil definitiv werden, und weil der Ausspruch unseres Herrn Jesu Christi nicht zu übergehen ist, wo er sagt: „Du bist Petrus u. s. w.“ Was hier gelagt ist, wird durch die Bologen bewiesen, indem beim apostolischen Stuhl die katholische Kirche immer unbefleckt bewahrt und die Lehre stets hochgehalten worden ist. Daher lehren wir mit Zustimmung des heiligen Konzils und definieren es als Dogma des Glaubens, daß kraft des göttlichen Beistandes der römische Papst von dem in der Person des heiligen Petrus gleichfalls von unterm Hen. Jesu Christo gesagt ist: „Ich habe für dich gebetet u. s. w.“, nicht irren könne, wenn er als höchster Lehrer aller Christen aufstehend mit seiner Autorität definiert,

die Strafdekrete eines fürstlichen Oberpostamts jene übersteigende Ausgabe aufzuheben.

Wie ich glaube, bin ich weder der erste noch der letzte Sterbliche, den der Hunger zum Poeten mache. Insofern bin ich schon ganz dazu geeignet, als bei mir der Körper einem Bleigewicht, das sich an die auffliegende Phantasie hängt, durchaus nicht verglichen werden kann; vielmehr ist derselbe durch die von der hohen Behörde so glücklich erstrebte Vergeistigung bereits in jenes Stadium der Leibhaftigkeit gelangt, als der Anfang ihres Endes bezeichnet werden darf.

Die physische Anlage zum Schriftstellerthum möchte ich nun verwerten und hoffe ich mindestens soviel Honorar zu erlösen, um den Anforderungen meiner Behörde in geldsträflicher Hinsicht fürderhin genügen zu können. Dazu ist aber die Licenz eines fürstlichen Oberpostamts vonnöthen, um welche ich unter Anführung nachstehender Gründe hiermit gehorsamst bitte.

Da ich bis heran nur postalische Studien gemacht habe, bin ich begreiflicherweise in der übrigen Literatur mangelhaft orientiert. Das Publikum verlangt aber heutzutage erschrecklich viel und namentlich die vollständigste Kenntniß des Autors über den Gegenstand, den er schriftstellerisch behandelt, was früher umgedreht der Fall gewesen zu sein scheint, soviel ich aus den Schriften namhafter Literaten zu entnehmen verstehe.

Es müßte mir daher gestattet werden, Vorfälle aus der Postwelt humoristisch zu behandeln, resp. in den „Düsseldorfer Monatsheften“, dem „Kladderadatsch“ oder den „Fliegenden Blättern“ zu veröffentlichen.

Da einige Erfahrung mich gelehrt hat, daß das echt Romische gerade in der Kulturgeschichte des Postwesens als ungewohnter Schatz in seltener Fülle abgelagert ist, ein Reichthum, den die Entwicklung dieses Instituts in neuester Zeit in riesigen Progreßionen steigerte, so zweifle ich trotz dem Bewußtsein geringer Fähigung keineswegs an dem Erfolge.

Schließlich bemerke ich, daß ich durch literarische Thätigkeit, das Gehässige des Denunziens vermeidend, dem Verkehrsinstitut nützlicher zu dienen hoffe, als eine Legion Denunzianten, da viele Nebelstände, welche die Postinspektoren und Kontroleure nach dem alten Sprichwort vom Splitter und Balken nicht gewahren, in meinen Darstellungen angemessene Beleuchtung erhalten sollen.

Eines fürstlichen Ober-Postamts unterthänigster Glend, Postsekretär.
(Fortsetzung folgt.)

was in Sachen des Glaubens und der Moral von der ganzen Kirche zu halten sei, und daß diese Prätrogative der Irrthumslosigkeit oder Unfehlbarkeit des römischen Papstes sich auf denselben Bereich erstrecke, welchen die Unfehlbarkeit der Kirche umfaßt. Wenn aberemand, was Gott abwenden möge, dieser unserer Definition zu widersprechen sich annehmen sollte, so wisse er, daß er von der Wahrheit des Glaubens absfällt.

— Der Augsburger „Allg. Z.“ wird über eine heftige Szene, welche sich in der Kongregation vom 22. Febr. zwischen dem ungarischen Erzbischof Haynald von Kalocsa und dem Kardinal Capalbii abgespielt hat, Folgendes berichtet:

Bischof Gravez von Namur hat aus Anlaß einiger gegen das zur allgemeinen Einführung vorgeschlagene Brevier gerichtete Angriffe bemerkt, „wer sich ungünstig über dieses Brevier äußere, der könne kein guter Christ sein“. Da nun Haynald unter denen sich befand, die zuvor die gegenwärtige Bezeichnung des Breviers gerügt hatten, so ergriff er das Wort, um zunächst gegen Gravez zu bemerken, daß er in der Kritik des Breviers die Väter von Trent zu Vorgängern und nebst ihnen auch die Päpste selbst zu Mitchelligen (complioes) habe. Schon bei diesen Worten brach ein Sturm los. Haynald ging nun aber weiter und sagte, an der in der Kirche ausgebrochenen Uneinigkeit sei die Mehrheit mit ihren Anträgen auf neue Dogmen schuld; es wäre viel besser, wenn die Häupter der Kirche, statt neue Lehren hinzuzutun, sich auf die Bewahrung der alten in ihrer Reinheit befrüchten. Die Kirche habe sich bei der alten Lehre glücklich befunden. Bei diesem ersten offenen Angriff auf das Unfehlbarkeitsprojekt in der Aula brauste der Sturm noch stärker auf, und nun ergriff Kardinal Capalbii die Glocke des Präsidiums der Angelis, schellte gewaltig, und erklärte, daß er ihm das Wort entziehe. Taceas et ab ambone descendas, rief er aus. Als Haynald dennoch fortfuhr, brach ein wüstes Geschrei vor Seiten der Mehrheit los. Der Erzbischof von Kalocsa stieg endlich herab, und die Aufruhr war so groß, daß die Sitzung geschlossen und die nächste bis nach dem 2. März vertagt wurde.

Rußland und Polen.

□ Warschau, 7. März. Die Nachricht, daß der Kaiser noch im Laufe des Monats März nach Warschau kommen werde, war durch einen Kaufmann aus Petersburg hier eingebrochen und verbreitet worden, hat sich jedoch bald als ein bloßes Gerücht herausgestellt. Es steht bereits fest, daß der Monarch, selbst wenn er die Reise ins Ausland macht, Warschau nicht berühren wird. — Die Umwandlung der Voymäter in Friedensgerichte soll vor sich gehen, sobald man eine hinlängliche Zahl Russen, die sich für die Anstellung als Friedensrichter eignen, haben wird, was noch ein Jahr und darüber dauern kann. Bis jetzt sind im ganzen Lande seit der Einführung der Voymäts fast die Hälfte dieser Beamten wegen Neubeginnen und allerlei Pflichtverleihungen fassiert und durch neu gewählte Nachfolger ersetzt worden; gegenwärtig schwanken außerdem noch 78 Untersuchungen gegen Voymäts. — Nach einer neueren Bestimmung soll die Polizei auch in den kleineren Städten als Regierungsorgan gelten, militärisch organisiert und verwaltet werden; die Komunen aber sollen die Unterhaltungskosten aufbringen. Die Polizisten werden Kaiser. Soldaten sein, welche von den Städten direkt bepoldet werden, und da man in dieser Branche die Weilheit dienstbarer Geister liebt, so werden die Kosten für das Polizeiwesen nicht gering sein, welche die Komunen zu leisten haben werden. Die kleinen zur Umwandlung in Dörfer bestimmten Städte — bis jetzt ist noch nirgends von dieser Umwandlung etwas zu spüren — können sich auf diese Weise Glück wünschen, daß sie die Aussicht haben Dörfer zu werden, und so den größeren Abgaben zu entgehen. — Die Truppenzahl wird bis zum Ende Mai sich auf 68 bis 70,000 Mann belaufen, welche bei Warschau und in den Gegenden der galizischen Grenze zu Übungen aufgestellt sein werden. Die Lieferungen sind bereits ausgeschrieben und auf die bestimmten Lieferungsbereiche verteilt. Bei schlechtem oder nassen Wetter soll den Leuten während der Übung statt des üblichen Branntweins Thee gereicht werden, und zwar nach Erfordern zwei Mal täglich, früh und Abends. Das Bereiten und Verabreichen des Thees soll nach einer gegebenen Vorschrift kompagnieweise geschehen.

Das übermanganäure Kali.

Chemisch-hauswirthschaftliche Skizze.

Von Karl Rütz.

Die Chemie, jene große Tochter der Naturwissenschaft, hat nicht allein außerordentliche Umnutzungen auf zahlreichen Gebieten des menschlichen Wissens hervorgebracht, mit scheinender Schärfe in Vorurtheile, falsche Vorstellungen eingegriffen, und mit dem klaren, strahlenden Lichte unumstößlicher Wahrheiten das Dunkel des Überglaubens, des religiösen Wahns u. s. w. aufgehellt, sondern sie hat auch, dieses Thun gleichsam ergänzend, in raschelndem Eifer fortwährend dahingestrebt, durch immer neue Entdeckungen und Entdeckungen dem täglichen Leben praktische Vortheile in immer größerer Fülle zu bieten.

Hörmlich röhrend muß es dem sinnigen Blick erscheinen, daß jene erhabene Wissenschaft, welche vor allem andern dazu bestimmt zu sein scheint, die durchgreifendsten Revolutionen im Leben und in der Täglichkeit der Menschheit hervorzurufen — wenn dieselbe Wissenschaft es nicht unter ihrer Würde hält, hinabsteigen in Küche und Keller, in Häuslichkeit und Werkstatt, hier überall helfend und besserd, Schaden verhindert, oder wieder ausgleichend, und nie gehähte Schäfe und Reichthümer freiwillig spendend.

Die Leser wollen das Gesagte nicht als zu viel erachten, und um Ihnen die Wahrheit derselben recht schlägig vors Auge führen, greifen wir einen der ungünstigsten Stoffen heraus, welche die Chemie neuerdings dem täglichen Leben geschaffen hat. Er gehört zu denjenigen Dingen, welche bis vor Kurzem nur gleichsam als eine Spielerei der Gelehrten angesehen waren, und dann zunächst in geringer Bedeutung praktisch nutzbar gemacht, blinzen furor frist sich vielfach außerordentlich nützlich, ja zuletzt als völlig unentbehrlich gezeigt haben.

Semand in Berlin suchte ein bis dahin fast unbekanntes Salz als „chemisches Haussfreund“ einzuführen, indem er dasselbe, in elegante Dosen und Gläsern verpackt, nebst einer ausführlichen Gebrauchsanweisung austobt. Es war übermanganäures Kali, welches als ein dunkelbraunes Pulver in allen Apotheken und Droguenhändlungen zu kaufen ist. Dasselbe wird in der Weise bereitet, daß man Braunkohle (Pyrolusit) oder natürliches Manganyperoxyd 10 Theile, mit trockenem Aspektalk 12 Theilen und Chloroform-Kali 6 Theilen zu einem feinen Pulver mischt, dieses mit destillirtem Wasser 3 Theile ansetzt, wieder eintrocknet und unter öfterem Umrühren so lange schwacher Rothgläühtheit unterwirft, bis eine herausgenommene Probe sich im Wasser dunkelgrün auflösst. Die glühende breiartige Masse wird auf eine Eisenplatte ausgegossen, nach dem Erkalten gepulvert und in fiedendem destillirtem Wasser 15 Theilen aufgelöst. Diese violettblaue Lösung reinigt man durch Absegnlassen und Seihen durch reine rothe Lösung, welche sie dann rasch ein und stellt sie zum Kryallifiren bei Baumwolle, dampft sie dann rasch ein und stellt sie zum Kryallifiren bei Seite. Die dunkelbraun- oder schwärzpurpurrothen Krystalle des übermanganäuren Kali werden mit etwas destillirtem Wasser abgespült, auf einem Porzellanteller schnell abgetrocknet und in weithalsigen Gläsern mit eingehäussten, luftdicht schliefenden Stöpseln aufbewahrt. Wir haben diese Bereitung des überaus nützlichen Stoffes aus dem Grunde hier mit angegeben, weil es doch für manchen Geschäftsmann nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen dürfte, dieses Salz selbst herzufüllen.

Wenden wir uns jetzt zu seiner Nützlichkeit. Zum Mund- und Zahnwasser nimmt man übermanganäures Kali 1 Theil, löst es in destillirtem Wasser 16 Theilen auf, verschließt die Flasche mit einem gläsernen, luftdichten Stöpsel und bewahrt die dunkelrote Flüssigkeit an einem dunklen

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 9. März. (Tel.) In der Deputirtenkammer wurde anlässlich der von der Regierung ausgeschriebenen öffentlichen Termine für die Verpachtung bessarabischer Ländereien an Meistbietende ein Antrag eingebrochen, des Inhalts, die Israeliten von den Lizitationen auszuschließen. Der Ministerpräsident Golesco erklärte, daß in diesem Falle zur Anwendung kommende Gesetze schließe die Israeliten nicht aus. Wäre die Auslegung des Gesetzes zweifelhaft, so könne der richtige Sinn nicht durch die Kammer allein, sondern nur durch Kammer und Senat auf die Initiative der Regierung hin festgestellt werden. Nach dieser Erklärung beschloß die Kammer Tagesordnung. Die in der Minorität bleibenden 15 Deputirten verließen hierauf den Saal.

Norddeutscher Reichstag.

18. Plenarsitzung.

Berlin, 10. März. Eröffnung um 12 Uhr. Am Tische des Bundesrats Graf Bismarck, v. Briesen, Delbrück, Dr. Leonhardt, Friedberg, v. Puttkamer u. a.

Abg. Graf Lehndorff motiviert seinen gestern eingebrochenen Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, in der Beratung über den Entwurf des Strafgesetzbuchs, mit Unterbrechung der zweiten Lesung, über die einleitenden Bestimmungen und den ersten Theil des Strafgesetzbuch-Entwurfs die dritte Lesung eintreten zu lassen. Sie werden es mir erlauben, sagt der Redner auseinander zu setzen, watum es nicht im Interesse des Reichstags liegt, die Spezialberatung des Strafgesetzes fortzusetzen, so lange wir nicht die Überzeugung haben, daß der Bundesrat über die §§ 1 und 11 der einleitenden Bestimmungen keine von der unsrigen abweichende Meinung hat. Ist der Wunsch vorhanden, dem Reichstage eine Arbeit von mehreren Wochen möglichweise zu ersparen, so ist der Weg dazu in meinem Antrage gefunden.

Abg. Schröder: Ich befindet mich in einer ungünstigen Lage, indem ich einem Antrage widersprechen muß, der gegen eine so erhebliche Zustimmung fand. Ich weiß auch, daß ich durch einfachen Widerspruch meine Befürchtungen eigenhändig überholen bin, denn ich teile die Ansicht des Hrn. Präsidenten, daß der Widerspruch eines Mitgliedes die Annahme des Antrages unmöglich macht. Dennoch halte ich es für wichtig, die Gründe meines Widerspruchs näher zu bezeichnen. Der Reichstag würde einen großen politischen Fehler begehen, wenn er den Antrag annähme. Ich halte es wieder im Interesse der Regierungen noch dieses Hauses für gerathen, die Verhandlungen über das Strafgesetz vor Beendigung der Spezialberatung abzubrechen; vom Standpunkte der Regierungen aus deshalb nicht, weil auch sie darauf Werth legen müssen, durch die Fortsetzung der Beratung die Überzeugung entstehen zu lassen, daß mit der Abschaffung der Todesstrafe ein ganz gerechtes Strafgesetz nicht zu Stande gebracht werden kann. Aber auch für die Freunde der Todesstrafe ist dieser Abbruch der Beratung nicht wünschenswert. Auf die theologischen Gründe der Gegner lege ich wenig Gewicht, umso mehr auf den Grund, daß es überhaupt nicht möglich sein würde, ein ganz gerechtes Strafgesetz zu Stande zu bringen, sowohl was die Klassifikation der Strafmasse als die Bemessung der Strafen über die Bürgerlichen Ehrenrechte betrifft, wenn man die Todesstrafe nicht streiche. Die Freunde der Todesstrafe, zu denen ich mich rechne, wünschen Gelegenheit zu haben, befreien zu können im weiteren Verlauf der Beratung, daß die Abschaffung der Todesstrafe unzulässig ist. Diesen Beweis hoffen wir führen zu können. Sudem enthält das Gesetz noch viele Punkte, deren Erörterung selbst für den Fall, daß das Gesetz schließlich in dieser Session nicht zu Stande kommen sollte, wünschenswert ist. Die Fragen über die politischen Verbrechen, Überkennung der Bürgerlichen Ehrenrechte u. s. w. werden für das öffentliche Urteil eine viel bestimmtere Farbung bekommen, wenn sie der Reichstag berathen hat. Sollte das Gesetz nicht zu Stande kommen, dann werden diese Fragen bei den nächsten Wahlen von großer Wichtigkeit und mit Recht die Parole sein. Soll diese Parole aber Erfolg haben, dann muß über diese Fragen hier eine Beratung stattgefunden haben. Alle diese Gründe scheinen mir dafür zu sprechen, daß wir nicht vorsichtig die Regierungen zu einer vorzeitigen Erklärung provozieren dürfen. Deshalb wünsche ich, daß auf den Antrag nicht eingegangen wird.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich halte es in der Regel nicht für die Aufgabe der Vertreter der Regierungen, sich an Debatten zu betheiligen, welche auf dem Gebiete der Gesellschaftsordnung des Hauses stattfinden. (Sehr wahr!) Ich könnte mich dessen um so mehr enthalten, als der von dem Grafen Lehndorff gestellte Antrag, nachdem er Widerspruch in der Versammlung findet, eine Aussicht darauf, sofort ins Leben zu treten, nicht mehr hat. Indessen ich halte es im Interesse der gegenseitigen Klarheit

und ähnlich Orte auf. Zu beachten ist, daß diese Auflösung sehr leicht verdirbt, wenn sie mit organischen Stoffen, wie Korkspänen, Papier, Staub und dergleichen, und ebenso mit der Luft in Berührung kommt. Von der Flüssigkeit zieht man 5—10 Tropfen in ein halb mit lauwarmem Wasser gefülltes Trinkglas, und spült damit zweimal am Tage den Mund aus. Dies Mittel thut wahre Wunder, denn es zerstört alle jene krankhaften Pilzwucherungen, welche die Karies oder das Stocken der Zahne nach den neueren Forschungen hervorbringen sollen; es wirkt gegen Zahnschmerzen oft sogleich stillend, benimmt jeden übeln Geruch des Mundes, der selbste von vernachlässigter Mundpflege, oder von stockigen Zahnen, Mundgeschwüren, oder sei er vom Rauchen, Bier, Wein- u. s. w. Trinken hervorgerufen. Nach dem Genuss von mancherlei Nahrungsmitteln, welche auch beim gefundenen Magen einen übeln Geruch im Munde verursachen, z. B. Knoblauch, Zwiebeln, Meerrettich, braucht man ebenfalls nur dies Mundwasser anzuwenden. Dabei ist dies Mittel durchaus unschädlich; nur muß man bei seinem Gebrauch die Zahne fleißig mit gutem Kreide-Bahn-Pulver putzen, weil sie sonst leicht gelb werden.

Ganz dieselbe Auflösung des übermanganäuren Kali ist zugleich das beste, fastenbraun-farbende Haarwasser. Man entsetzt das Haar recht sorgsam durch Waschen mit verdünntem Salinatgeist oder einer schwachen Soda- oder Potassenauflösung, spült es dann mit reinem Wasser ab und reibt es vermittelst einer kleinen weichen Bürste mit der Auflösung des Kali. Durch öfteres Auftragen derselben kann die Farbe beliebig dunkler hervorgebracht werden.

Altgewordenes Fleisch, Fische und dergleichen verlieren den eigenen Geruch, wenn man sie in Wasser legt, welches mit dem übermanganäuren Kali himbeerrot gefärbt ist. Sie werden nach kurzer Zeit herausgenommen und mit reinem Wasser abgeputzt. In ganz gleicher Weise läßt sich auch überbleibendes, gekochtes und gebratenes Fleisch damit wieder auffrischen, und ebenso kann mit dieser Auflösung das Geflügel oder die Eingeweide der Thiere, welche gegessen werden sollen, am besten gereinigt und vom Geruch völlig befreit werden.

Eine ungemein große Nutzbarkeit des Mittels liegt darin, daß man dasselbe zur Prüfung des Trinkwassers benutzen kann. Man gießt das fragliche Trinkwasser in ein klares, weißes Weinglas und färbt es durch die Auflösung des übermanganäuren Kali schwach rosenrot. Normales, gesundheitszuträgliches Trinkwasser muß diese Färbung stundenlang beibehalten; je schneller das Wasser durch Absegnen von braunen Flecken wieder klar wird, desto mehr ist es verunreinigt und desto weniger tauglich zum Trinken.

Das übermanganäure Kali ist ferner eins der vorzüglichsten Desinfektionsmittel. Zur Reinigung der Luft in Krankenzimmern läßt man eine verstärkte Auflösung des Mittels vermittelst eines Verstäubers oder Reprauchers in die Luft, wodurch alle Ansteckungsstoffe vernichtet werden. Auch zur Desinfektion von Stechbecken, Waterklos und all dergleichen ist die Auflösung vorzüglich, indem man nach der gewöhnlichen Reinigung das ziemlich dunkelrothe gefärbte Wasser hineingießt und längere Zeit darin stehen läßt. Diese Desinfektion muß aber nach jedesmaligem Gebrauch vorgenommen werden, weil dieses Mittel sonst nicht ausreichend ist.

Als das sicherste Schutzmittel gegen Ansteckung sind allen Krankenpflegern, Arzten und anderen, welche von ansteckenden Krankheiten ergriffen sind, in Berührung kommenden Personen, möglichst häufige Waschungen mit der Auflösung des übermanganäuren Kali gar nicht dringend genug zu empfehlen.

doch für nützlich, in diesem Falle, wo das Schicksal des Antrages, wenn er angenommen worden wäre, wesentlich unter dem Einfluß der Haltung, welche der Bundesrat zu ihm eingenommen haben würde, stände, in diesem Falle mich darüber auszufreuen, und erlaube mir da zuerst Zweifel darüber zu äußern, ob dem Bundesrathe zugemutet werden kann, daß er sich über das Bruchstück eines Gesetzes, welches in allen seinen Theilen in organischem Zusammenhange steht, schlüssig machen soll, ehe er nicht die Gesamtheit der Beschlüsse des Reichstages über alle Theile des Gesetzentwurfs zu übersehen vermöge. (Sehr richtig!) Aber selbst wenn der Bundesrat bereit sein sollte, seine Meinung über diejenigen Punkte, in Betreff derer zu meinem Bedauern eine Divergenz stattfindet, durch Mehrheitsbeschlüsse nochmals zu konstatiren, so glaube ich, daß damit die Erreichung des Zwecks des Herrn Antragstellers, nämlich der Abbruch der Arbeiten, doch nicht sicher gesetzt sein würde, indem ich davon fest überzeugt bin, daß die verbündeten Regierungen den Entwurf wegen der bisher gefassten Beschlüsse des Reichstages nicht zurückziehen würden. (Bravo!) Die verbündeten Regierungen würden nicht darauf verzichten, die Gesamtheit des Gesetzes, sowie sie durch die Reichstagsbeschlüsse amendirt sein wird, ihrerseits nochmals zu prüfen und auf dieser Basis die Verständigung zu suchen, womit ich jedoch nicht andeuten will, daß die Mehrheit des Bundesrates in ihrer Überzeugung irgendwie erschüttert wäre. Aber nachdem von Seiten der Regierung im Einklang mit den Wünschen des Reichstages seit zwei Jahren eine in der That fleißige und anstrengende Arbeit, an der sich die hervorragendsten Juristen Norddeutschlands beteiligt haben, dieser Vorlage gewidmet ist, würde die Regierung glauben, die Interessen des Bundes zu schädigen, wenn sie nach einer nur auf einzelne Theile sich erfregenden dreitümlichen Diskussion des Reichstages sich dazu verstellen wollte, auf die Hoffnung einer Vereinbarung in dieser Session definitiv zu verzichten. (Bravo!) Sie wird dazu nicht eher gelangen können, als bis sie, wie ich schon angekündigt, nachdem ihr die Beschlüsse des Reichstages über die Gesamtheit des Gesetzentwurfs vorliegen werden, die Verständigung über diese vergebens gesucht haben wird.

Abg. Dr. Friedenthal erklärt sich mit dem Grafen Schwerin gegen den Abbruch der Verhandlungen schon deshalb, weil die dritte Lesung der einleitenden Bestimmungen doch erst dann erfolgen könnte, wenn die zweite stattgefunden hätte, was noch nicht vollständig geschehen ist. Die dritte Lesung der einleitenden Bestimmungen kann mit Rückblick auf ihren Inhalt sogar erst nach der dritten Lesung der Spezialbestimmungen stattfinden, denn jene Bestimmungen enthalten nur Abstraktionen aus den Spezialbestimmungen.

Abg. v. Hennig hat den Lehndorffschen Antrag mit unterzeichnet, weil er und seine Freunde nach der ersten kategorischen Erklärung des Bundeskanzlers gegen die Abschaffung der Todesstrafe den berechtigten Wunsch hatten, den Reichstag gegen die Fortsetzung einer Danaidenarbeit zu schützen. Nach der heutigen Eröffnung der Bundeskanzlers hat sich diese Besorgniß theilweise vermindert, der Fortsetzung der Arbeit des Reichstages steht jenes Hinderniß in seiner absoluten Stärke nicht mehr entgegen und der Lehndorffsche Antrag wird somit überflüssig. Sollte aber die Hoffnung auf Verständigung schließlich doch eine Täuschung erfahren, so muß schon heute ausgesprochen werden, daß die Verantwortung für so viel vergebliche Arbeit nicht mehr auf den Reichstag, sondern auf die Regierungen fallen wird.

Abg. Graf Lehndorff will eine Diskussion, die mit dem ersten Widerspruch eines Mitgliedes gegen seinen Antrag eigentlich als erledigt zu betrachten war, nicht unnötig verlängern, aber er beruft sich auf die Überzeugung der Juristen, daß die Verhandlungen einer großen Versammlung über ein Strafgesetzbuch einen Werth eines sachverständigen Gutachtens nicht besitzen und auf sein Motiv den Reichstag davor zu schützen, daß er nicht leeres Trost droht.

Nachdem Graf Schwerin für die kritische Thätigkeit des Reichstages dem Strafgesetzbuch gegenüber eine höhere Bedeutung in Anspruch genommen hat, als ihr der Vorredner einräumen will, wird sein Antrag nicht durch formelle Abstimmung, sondern auf Grund des Widerspruchs vieler Mitglieder gegen die Abweichung von der Geschäftsordnung, die er involviert, bestiegt.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend die Kontrolle des Bundeshauses für 1870 in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt ist, geht der Reichstag zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit über. Ohne Debatte wird § 1 angenommen: „Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust. Angehörige des Großherzogthums Hessen besitzen die Staaten des Großherzogthums heimatberechtigt.“

S 2 lautet: „Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate wird fortan nur begründet 1) durch Abstammung; 2) Legitimation; 3) Verheirathung und 4) Verleihung.“ Die Adoption hat für sich allein diese Wirkung nicht.“

Abg. v. Bodum-Dolfs schaltet als 5) ein: „durch Zugang aus

Bei jenem bekannten Mundauschlag kleiner Kinder, welchen man Schwämchen nennt, hat sich als das wirkliche Heilmittel, das täglich ein- bis zweimalige Auspinseln des Mundes mit sehr schwächer Auflösung von übermanganäurem Kali erzeigt,

Die Stiche aller Infekte, wie Bienen, Wespen und dergleichen werden unschädlich und sind doch mindestens bei weitem nicht so schmerhaft, wenn man die Wunde sogleich mit einer starken Auflösung des übermanganäuren Kali betupft. In gleicher Weise sollen die Bisse von Giftschlangen und ebenso die von tollen Hunden unschädlich werden, wenn man das übermanganäure Kali in sehr starker Auflösung in die Wunde bringt, oder als Pulver hineinstreut. Doch rathe ich dabei dringend, zugleich die Hilfe eines erfahrenen Arztes in Anspruch zu nehmen.

Nicht selten wird in der häuslichen Färbererei gebraucht, setzt es zum Beziehen von Wäsché, zum Touchieren von Wunden, zum Fortzägen von Warzen oder für andere Zwecke. Die dabei kaum zu vermeidenden Hölleinstiele sind meistens sehr schwierig zu entfernen; man befreit sie jedoch unschwer, wenn man eine starke Auflösung des übermanganäuren Kali mit etwa einem Drittel Salzsäure vermischt, diese Flüssigkeit auftröpfelt und sogleich mit verdünntem Salinatgeist wieder ab- und mit reinem Wasser nachwäscht.

Auch in der häuslichen Färbererei zeigt sich dies Salz vortheilhaft. In einer dünnen, heißen Auflösung derselben wird Wolle echt und schön

— In Folge des neuen Großjährigkeitsterminus, welcher in Preußen vom 1. Juli d. J. in Kraft tritt, ist die Frage entstanden, wie es mit Kapitalen zu halten sei, die ausdrücklich „bis zur erlangten Großjährigkeit“ der Erben Andern zur Benutzung überlassen sind. Die Schuldner hatten in diesem Falle darauf gerechnet, daß ihnen das Kapital so lange verbleiben werde, bis der Gläubiger 24 Jahr alt geworden. Nach übereinstimmender Meinung vieler Juristen, in deren Sinne sich auch Behörden bereits ausgeprochen haben, behält der „Trib.“ zufolge der Schuldner in vergleichbaren Fällen das Kapital bis zum zurückgelegten 24. Lebensjahr des Erben. Auch Eltern, welchen testamentarisch der Nießbrauch an dem Vermögen ihrer Kinder bis zu deren Großjährigkeit zugeschlagen, bleiben im Besitz dieses Nießbrauchs, bis die Kinder das 24. Jahr vollendet haben. Es ist angesehen, daß die Benutzung des Kapitals und der Genuss des Nießbrauchs bis zu dem früheren Volljährigkeitstermin auf einem vor Erlass des neuen Gesetzes erworbenen Rechte beruht, und daß das neue Gesetz eine rückwirkende Kraft, da ihm die nicht ausdrücklich gegeben ist, auch nicht ausüben kann.

— Das Bundeskanzleramt hat die verschiedenen an dasselbe gerichteten Anträge laufmännischer Korporationen, die Außerfurstesegung der au porteur lauenden Papiere im Wege der Bundesgesetzgebung zu befehligen, abgelehnt. Als Motiv wird in dem betreffenden Kreisstück angegeben, die Besetzung der in den einzelnen Bundesländern bezüglich der Außerfurstesegung bestehenden Bestimmungen im Wege der Bundesgesetzgebung würde erhebliche Unzuträglichkeiten nach sich ziehen.

† Adelauer Kreis, 9. März. [Elementarlehrer-Witwen- und Waisen-Kassen-Gesetz. Veräufen. Königs Geburtstag.] Mit der Ausführung des Gesetzes vom 22. Dez. v. J. betreffend die Erweiterung u. d. Witwen- und Waisen-Kassen für Elementarlehrer ist in unserem Kreise bereits ein Anfang gemacht. Der Beitrag von 4 Thlr. jährlich für jede Lehrerstelle, welche die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteter nach § 4 des Gesetzes zu leisten haben, soll bereits für das Jahr 1870 eingezogen werden. — Unter Kreislandrat hat die Magistratur und die Distriktskommissarien veranlaßt, die Beiträge pro 1. Quartal c. binnen 3 Wochen, die nächstfolgenden aber in den ersten 8 Tagen jedes beginnenden Quartals aus den Schulklassen an den Vereinsrendanten Hrn. Lehrer Hoffmann zu Ostrowo abführen zu lassen. Soweit der Schulklassenbestand hierzu nicht reicht, sollen die erforderlichen Beiträge repartirt werden. Die zum Kreisvorstand gehörigen 3 Lehrer sollen von sämtlichen im Kreise fungirenden Elementarlehrern, einschließlich der jüdischen und interimsistisch angestellten, durch relative Stimmenmehrheit gewählt werden und die definitivie Erklärung binnen einer Praktustoftr von höchstens 4 Wochen abgegeben werden; die gewählten 3 Lehrer sollen ihren Wohnsitz möglichst am Orte des Landratsamtes haben oder doch in nächster Nähe desselben fungiren. — Das Veräufen der Bäume muß in unserem Kreise gegen eine Strafe von 20 Thlr. resp. Gefängnisstrafe, bis zum 31. d. M. gründlich von den Bestaltern resp. Auszähler von Baumpflanzungen ausgeführt sein. — Zur Feier des Geburtstags des Königs hat sich auch in diesem Jahre in Ostrowo ein Komitee gebildet, welches seine Arrangements trifft.

Er. Grätz, 9. März. [Jahrmarkt. Lehrerkonferenz. Versorgung.] Zu unserem gestrigen Jahrmarkt hatten sich nur wenige Verkäufer und noch weniger Käufer eingefunden. Pferde, Hornioch und Schweine, die in reichlicher Auswahl zu Markte gebracht worden waren, fanden selbst bei den niedrigen Preisen nur geringen Absatz. — Unter dem Vorsitz des Volkschulinspektors und Mansionars Hrn. Guzmer fand gestern die erste diesjährige Bezirkslehrer-Konferenz der zur gräzer kath. Parochie gehörigen 6 städtischen und 4 Landlehrer statt. Die praktische Lehrprobe hielt der Lehrer Hr. Bartsch von hier, indem er mit den Schülern der Rectorklasse ein polnisches Lesestück sachlich und sprachlich durchnahm. Hierauf las der Lehrer Hr. v. Cybulski aus Grzybawo seine schriftliche Arbeit über die „Bienenzucht“ und der Lehrer Hr. Bübg aus Słocin über den „religiösen Geist der Volksschule“ vor. — Für die Stelle des nach Berlin vergangenen Kalkulators Hrn. Cohn ist der Kalkulator Hr. Chiniert aus Krötzschau zum 1. April designirt.

Dr. Grätz, 10. März. [Schulangelegenheiten.] In Betreff der Anstellung eines 7. Lehrers an der hiesigen kathol. Schule ist die königl. Regierung zu Posen auf die Proposition der Stadtverordneten-Versammlung eingegangen, daß eine der drei Klassen der nicht einmal 120 Schulkindern zählenden jüdischen Schule fassirt und das dadurch gewonnene Gehalt zur Beschaffung einer neuen Lehrkraft der katholischen Schule überwiezen werden kann. Um jedoch d. m. zu kündigen den dritten Lehrer der jüdischen Schule, welcher der evangel. Konfession angehört, genügende Zeit zur Bewerbung um eine anderweitige Anstellung zu gewähren, soll derselbe bis Michaeli provisorisch an der katholischen Schule beschäftigt werden. Die Petition, welche die mit der beabsichtigten Reduzierung ihrer Schule von 3 Klassen auf 2 unzufriedene jüdische Gemeinde an die l. Regierung mit der Bitte eingereicht hatte, dem Beschuß der Stadtverordneten die Genehmigung zu verliehen und die jüdische Schule in ihrer jetzigen Einrichtung zu belassen, ist vor einigen Tagen der hiesigen Schulcommission zur Neuherfung über diesen Standpunkt zurückgesandt worden. In der diesjährigen am 7. d. abgehaltenen Sitzung der Schulcommission wurde beschlossen, vorerst einen Lehrplan für die zweitklassige jüdische Schule anzufertigen zu lassen, um daraus beurtheilen zu können, ob die jüdischen Kinder bei dieser Einrichtung die nötige Schulbildung und Vorbereitung für die evangelische Rectorklasse erlangen können.

‡ Jarocin, 5. März. [Wohlthätigkeit. Einführung. Missionäre.] Wie in vielen Dörfern, so ist auch hier während des strengen Winters der ärmeren Bevölkerung gedacht worden. Da die Gemeindemittel nicht ausreichten, allen Anprüchen zu genügen, so bildete sich ein Komitee, welches sich an die umliegenden Gutsbesitzer mit der Bitte um milde Gaben wendete. Es haben demzufolge mehrere derselben reichliche Beiträge dem Komitee zugesandt. Unter anderem verabschiedete der Hr. Oberlandesgerichtsrat Mollard in Gora 100 Brote und 6 Schüsseln Erbsen, der Hr. Hauptmann v. Böh aus Witażec 10 Thlr. baar. Hr. Mollard, der stets hilft, wo Not vorhanden ist, hat auch der Armen in Jarocin gedacht und gleiche Gaben zur Vertheilung überwiesen. — Der zum Bürgermeister unserer Nachbarstadt Jarocin gewählte Rendant und Dominal-Polizeiverwalter Hr. Blümel aus Gora wurde am vergangenen Dienstag durch den l. Kreis-Landrat Hrn. Funk aus Schrimm in sein neues Amt eingeführt. Diesem Alte schloß sich ein durch den Kaufmann S. Henn in Gottsteins Hotel in Jarocin verankertes Festessen an, an dem sich die Beamten von Jarocin, die Stadtverordneten, sowie zahlreiche Freunde des Blümel, welche zur Beglückwünschung herbeigekommen waren, beteiligten. Hr. Henn dankte im Namen der ganzen Stadt dem bisherigen interimsistischen Bürgermeister Knopf für die Verwaltung der Geschäfte. — Während mehreren Tagen hielten Missionäre in der hiesigen katholischen Kirche Predigten, welche von der katholischen Bevölkerung aus der Stadt und Umgegend zahlreich besucht waren.

■ Krasno bei Moschin, 9. März. [Kindermord.] Eine junge Dienstmagd ist wegen Kindermords verhaftet worden. Man fand bei der durch die Staatsanwaltschaft in Schrimm angeordneten Untersuchung ihrer Kammer die Kindesleiche in einer kleinen Schachtel, welche letztere sich in der sogenannten Lade (Kasten) der Mutter befand. Diese gestand, daß sie in der Nacht vorher niedergemommen sei und das Kind erwürgt habe.

□ Lissa, 6. März. [Vorschulverein.] Der Vorstand des hiesigen Vorschulvereins veröffentlichte seinen in der jüngsten Generalversammlung am 20. v. M. erfassten Bericht über das Geschäftsjahr 1869 (acht Geschäftsjahre). Wir entnehmen diesem Berichte folgende wesentliche Einzelheiten: Die Mitgliederzahl betrug 569. Vorschüsse standen aus am 1. Januar 1869 rund 31,860 Thlr. Neue Vorschüsse wurden gegeben inkl. 42,027 Thlr. Prolongationen 163,152 Thlr., von denen im Laufe des Jahres zurückgezahlt wurden 151,701 Thlr., daher ult. 1869 noch ein Wechselbestand von 42,811 Thlr. an aufzukommenden Forderungen lag vor. Die Binnennahme betrug allein circa 3310 Thlr., die Binsausgabe 1355 Thlr. Die Verwaltungskosten weisen einen Posten von 763 Thlr., die Einnahme circa 729 Thlr. nach. Der nach Abzug aller Ausgaben verbliebene Brüdergewinn von 1225 Thlr. ward laut Bericht der Generalversammlung so verteilt, daß 1186 Thlr. auf 14,239 Thlr. dividendenberechtigtes Guthaben (d. i. 2½ Sgr. pro Thlr. oder 8/3 Proz.) zur Vertheilung kommen; von dem Reste werden 15 Thlr. restirende Verwaltungskosten abgezogen und der Überbleib dem Reserv-fonds zugeschrieben.

Neustadt b. P., 10. März. [Eine entlaufene Frau.] Einem seit Kurzem verheiratheten hiesigen Kleider ist seine junge Frau entgangen. Dieselbe ist wahrscheinlich zu ihrem früheren Amoroso geeilt, der ihr noch, als sie auf dem Lande jenseits Posen Wirthschafterin gewesen

war, thuer gewesen und neuerdings wieder brüderlich mit ihr angeknüpft haben soll. Sie soll übrigens manche Wirtschaftsgegenstände mit sich genommen haben.

○ Weseritz, 9. März. [Abiturientenprüfung.] Am 6. d. Mts war der Geh. Regierungsrath Dr. Mehring aus Posen beauftragt Abnahme der Abiturientenprüfung des hiesigen Gymnasiums hier anwesend. Es waren deren zwei. Dem Vernehmen nach haben beide die Prüfung gut bestanden. Einer derselben wurde sogar von dem mündlichen Examen dispensirt.

— r. Wollstein, 10. März. [Todtschlag.] Vorgestern in der Mittagsstunde bemerkte der Viehhändler Krante auf seiner Fahrt von Bühlau nach Unruhstadt unweit des schon zum hiesigen Kreise gehörigen Dorfes Woynowo eine Menge auf der Chaussee liegen. Ein Verbrennen ahndend, stieg der Mann vom Wagen und fand ungefähr 30 Schritte von der Chaussee den ihm wohlbekannten Viehhändler Hirsch aus Märzdorf bei Schwedt vom Blute triefend und anscheinend leblos in einer Grube. S. lud den H. auf seinen Wagen und brachte ihn mit nach Unruhstadt, wobei er nach 24 Stunden starb, ohne die Besinnung noch einmal wiederbekommen zu haben. Die polizeilichen Recherchen ergaben, daß H. Dienstag früh in Begleitung des Viehhändlers Antiewicz aus Unruhstadt Bühlau verlassen habe und sich mit ihm auf die Chaussee nach Unruhstadt begeben und da man bei dem als wohlhabend bekannten H. kein Geld vorgefundene, vermutete man, daß hier ein Raub vorliegt. Es lenkte sich der Verdacht auf Antiewicz. Der Staatsanwalt begab sich auch sofort nach erhaltenem telegraphischer Anzeige nach Unruhstadt. Antiewicz wurde festgenommen und bei der erfolgten Haussuchung fanden sich im Garten desselben 212 Thlr., wahrscheinlich Eigentum des H., in einer Grube vor. Trotz der schweren Indizien gegen ihn, lengnet bis jetzt U. hartnäckig; er wurde jedoch heute Vormittag in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Morgen am Nachmittage findet die Sektion der Leiche Seitens der Gerichtsarzts in Unruhstadt statt. Der Gedöide ist nahe an 70 Jahre alt gewesen und Antiewicz zählt auch schon 63 Jahre. Auch die Tochter des Antiewicz, die das Geld im Garten verharret haben soll, ist in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Bromberg, 8. März. Gestern fand im Lokale des Hrn. H. Krause eine Besprechung statt über den Bau einer Eisenbahlinie Conitz-Tuchel-Poln. Crone-Bromberg. Herr Landrat v. Dergen hatte in Folge einer Anregung des Herrn Rittergutsbesitzer Abgeordneten Wehr zu einer gemeinschaftlichen Beratung eingeladen. Herr Wehr teilte zunächst das Ergebnis einer Audienz mit, welche derselbe in Gemeinschaft mit dem Herrn Grafen v. Königsmarck-Kamitz bei dem Herrn Handelsminister gehabt. Der Minister hat sich über die Anlage von Zweigbahnen, sogenannten Sekundär-Bahnen, dahin ausgesprochen, daß der Bau solcher Bahnen von den Kommunen, Kreisen und Provinzen übernommen werden möge; er glaubt für solche Fälle einen Staatszuschuß auf Höhe von einem Drittel der Kosten in Aussicht stellen zu können, deren Gesamthöhe auf 120,000 Thlr. pro Meile, bei freier Hergabe von Grund und Boden, veranschlagt worden sind. Herr Wehr stellt hierauf zwei Anträge: 1) Ein provisorisches Komitee zu bitten. 2) Bei den Kreistagen zu Bromberg und Conitz die Bewilligung der Mittel für die Vorarbeiten zu beantragen. Letztere würden sich auf Höhe von 200 Thlr. pro Meile belaufen und für die ganze Linie von ca. 11 Meilen etwas über 2000 Thlr. betragen. Beide Anträge werden angenommen. Die Anwendens konstituieren sich hierauf zu einem provisorischen Komitee. Die Ernennung eines definitiven Komites soll den Kreistagen vorbehalten bleiben. Es folgt hierauf die Wahl des Ausschusses für die Förderung der laufenden Arbeiten: Gewählt werden die Herren Landrat v. Dergen, Bürgermeister Boie, Stadtrath Bertelesmann, Kaufmann Schmidt in Tuchel und Bürgermeister Böttcher in Poln. Crone. Der Ausschuß übernimmt es, den Herrn Handelsminister um Genehmigung zur Ausführung der Vorarbeiten zu bitten und ihn zu ersuchen, einen Beamten der l. Ostbahn mit diesen Arbeiten betrauen zu wollen. (Br. 3.)

△ Gnesen, 10. März. [Stadtverordnetenwahl. Außerordentlicher Todesfall.] Bei einer neulich stattgefundenen Ergänzungswahl ist der hiesige Eisengießerei-Fabrikbesitzer Kubale an Stelle des ausgeschiedenen Justizrat Kellermann mit großer Stimmenmehrheit zum Mitgliede der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und in dieselbe eingeführt worden. — Ein trauriges Ereignis hat gestern hier die Gemüther aufgeregt. In einem hiesigen Schantolale, welches der Förster Seiffert aus Chwałowko seit dem 1. d. Mts in Pacht genommen und worin von seiner Chefrau mit zwei erwachsenen Kindern, einem 20jährigen Sohn und einer 22jährigen Tochter die Schankwirtschaft betrieben wurde, waren diese drei Personen Abends gegen 11 Uhr zu Bett gegangen. Die Mutter und der Sohn, welche sich nicht ganz wohl fühlten, hatten sich halb entkleidet auf ein in dem Schlafzimmer befindliches Bett gelegt, die Tochter aber war auf einem in dem Zimmer eingerichteten Strohlager eingeschlafen. Erst gegen Morgen wurde die Tochter munter und es fiel ihr auf, daß der Bruder über den Hals der Mutter quer übers Bett herab gebogen lag. Als sie aber hinzutrat und die beiden Körper berührte, waren dieselben völlig erkalte und tot. Auch ein von ihr sofort herbeigerufener Arzt bestätigte den bereits erfolgten Tod und soll sich dahin ausgesprochen haben, daß eine Vergiftung stattgefunden habe. Der Vorfall ist gleichzeitig die Staatsanwaltschaft angezeigt worden.

□ Inowraclaw, 10. März. [Gymnasium. Krankenhaus. Folgen der Kälte. Lehrer und Postegedient. Unterstützung. Vortrag.] Am 4. d. M. ist die Uebernahme des bisher städtischen Gymnasiums hierauf den Staat durch den Hrn. Landrat v. Milamowitz-Möllendorf als Kommissar des l. Provinzialgymnasiologen erfolgt. Die Sitzungen der Stadtverordnetensammlung werden auch fernerhin in einem Saale des Gymnasialgebäudes stattfinden. — Die letzte Nummer des hiesigen Kreisblattes enthält eine Mitteilung über die Ausstattung des hiesigen Krankenhauses. Danach werden alle zur Ausstattung des Lazareths notwendigen Gegenstände nach der Vorschrift des Geh. Sanitätsraths Dr. Esse, Verwaltungsdirektors der Charité in Berlin angefertigt worden. Dr. Dr. Esse nimmt nämlich besonderes Interesse an der Schwedt-Möllendorf-Gymnasialeinrichtung. — Gestern wurden im hiesigen städtischen Hospital einem Manne beide Beine abgenommen, die er sich in der strengen Kälte erfreten hatte. Morgen soll einem zweiten durch die Kälte Verunglücten ein Bein abgenommen werden. — Dem Lehrer Becker in Louisenfelde ist die Verwaltung der dortigen Postexpedition übertragen worden. Da Hrn. Beckers Lehrerstelle zu dem besser dorthin gehörte und die Verwaltung der Post auch ca. 300 Thlr. bringt, so ist Hr. Becker jetzt nicht mehr, wie so viele seiner Kollegen, ein „armer Schulmeister“. — Der hiesige deutsche landwirtschaftliche Verein gewährt bereits seit dem Jahre 1869 dem Damenverein für die Förderung des Industrie-Unterrichts auf dem Lande eine jährliche Beihilfe von 25 Thlr. Wie man hört, hat auch die hiesige polnische ökonomische Gesellschaft dem gedachten Damenverein pro 1870 einen Zuschuß von 20 Thlr. bewilligt. — Am vorigen Sonntag hielt Hr. Gymnasiallehrer Quade im Handwerkerverein einen Vortrag über „die Bauernkriege“.

○ Schneidemühl, 7. März. [Kämmererfall. Lehrerkonferenz.] Der Kämmererfallenstet pro 1870 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 26,338 Thlr., also gegen das Vorjahr um 1798 Thlr. mehr. Durch Beschluß der Stadtverordneten wurden gegen den Magistrats-Einwurf die Einnahmen um 450 Thlr. erhöht und die Ausgaben um 142 Thlr. vermindert. — Heute fand unter dem Vorsteher des Volkschulinspektors, Hrn. Superintendenten Grüzmacher, die diesjährige 3. Parochial Lehrerkonferenz statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsteher die Mitteilung, daß die diesjährige Oster-Schulprüfungen in der evangel. Stadtschule vom 14. bis 17. und vom 21. bis 25. d. M. und in der jüdischen Stadtschule und in den Landsschulen vom 28. bis 30. d. M. stattfinden werden. Alsdann wurde über die Schulfeier am Geburtstage des Königs bestimmt. Herauf hielt Herr Lehrer Cohn mit den Schülern der ersten jüdischen Knabenklasse eine Lehrprobe über die Anfangsgründe des Decimalbruchrechnens. In der nächsten Konferenz wird Hr. Superintendent Grüzmacher über die abgehaltenen Schulprüfungen sprechen.

○ Schneidemühl, 10. März. [Stadtverordneten-Sitzung. Nordlicht.] In der am 5. d. M. stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten genehmigte die Verwaltung die von dem Magistrat proponierte Pfasterung der Stal- und Krojanienstraße und erfuhrte den Magistrat durch den Hrn. Baurath Krüger einen Kostenanschlag anfertigen zu lassen.

Von dem eingehenden Gelde für den außerordentlichen Verlauf von Holz wurden 700 Thlr. zur Bezahlung des Baumplatzes für die Provinzial-Taubstummen-Aufzäle und 450 Thlr. zur Anfuhr der erforderlichen Ziegelsteine zum Bau dieses Instituts bewilligt. — Gestern in der 10. Abendstunde wurde am nördlichen Horizonte ein schwaches Nordlicht bemerkt.

Theater.

Die Besprechung der romantisch-comischen Oper „Weiberstreue oder Kaiser Konrad von Weinsberg“ von Gustav Schmidt haben wir bis hinter die zweite Aufführung hinausgeschoben, weil wir ein absfälliges Urtheil nicht auf einen einzmaligen Eindruck hin glaubten aussprechen zu dürfen. Zudem meinten wir — was sich uns auch durch die zweite Aufführung bestätigt hat

— in Gustav Schmidt eine unzweifelhafte Begabung zu erkennen, die allerdings noch nicht bis zur entschieden individuell ausgeprägten Eigenthümlichkeit durchgedrungen ist, aber doch hier und da hübsche melodische Einfälle hat, die auch von tüchtiger musikalischer Durchbildung zeugen. Stören wirken die allzu zahlreichen Anklänge, die alle Augenblicke an das Ohr des Höfers schlagen, bald ist es Verdi, bald Rossini, bald wieder Weber, die man durchdringen hört; ja sogar an Offenbach schien uns eine Piece im 2. Akte leise anzutönen. Dazwischen versucht Schmidt, sich an das deutsche Volkslied anzulehnen und eine möglichste Einfachheit und Innigkeit der Melodie zu erstreben. Nach dieser Richtung hin ist ihm aber nur das Trinkquartett im zweiten Akte und das Duett der Wirth, der hat ein Fälslein wirklich gelungen. Das Ständchen des „Kaisers“ nimmt einen prächtigen Anlauf, wird aber durch die mehr auf den äußerlichen Effekt als auf die künstlerische Schönheit berechnete Trompete verunstaltet. Solche Piecen beweisen, wie diese krampfhaften Suche nach Neuem und immer Neuem zu ganz ungeheuerlichen und unschönen Mitteln führt, die vielleicht momentan das Auditorium frappieren, aber in unlösbarem Widerspruch zu den Forderungen der Kunstschönheit stehen. Dass auch stellenweise die Musik aller schaffenden Phantasiehaar ist

— wie das fade Libretto fast durchweg —, nimmt bei einem Talente nicht wunder, daß im Ganzen doch auf die fremde Aufführung und Einwirkung gestellt ist, und selbst eigene Schaffungskraft nur in einzelnen Nummern beweist, wie in der schönen Arie des 2. Aktes: „Sie lassen mich allein mit meinem Kummer“. Der Darstellung dieser Oper sind unsere Bühnenkräfte durchweg gewachsen und es würde uns schwer fallen, irgend einem von den Darstellern einen wohlgegrundeten schärferen Ladel zu insinuieren. Nur Hr. Cabissius (Kaiser Konrad) schien uns, nachdem er in den ersten zwei Akten seine Rolle auerkenntnisswert, besonders in gesanglicher Beziehung, durchgeführt hatte, im 3. Akte plötzlich von einer starken Indisposition befallen, die seine Stimme unstatthaft tremulierten. Hr. Groß (Schultheiß Martin) sollte sich eines lebendigeren dramatischen Ausdrucks befleißigen; er bewegt sich steif und hölzern und bemüht sich zu wenig, seine gesanglichen Leistungen charakteristisch zu durchdringen und zu beleben. Hr. Dolfin (Elisabeth) sang diesmal mahsteller und fügte sich williger in das Ensemble als bei der ersten Aufführung, daher sie auch ihre Rolle zu besonders anerkennenswerther Geltung brachte. Wenn wir außerdem noch Hr. van Gülpens (Kapuziner Ferbeam) und Hr. Holland (Gundel) erwähnen, die, wie gewöhnlich, ihre Partien ganz vorzessig bemühten und in Spiel und Gesang charakteristisch zu gestalten verstanden, so glauben wir gezeigt zu haben, daß, wenn die Schmidt'sche Oper auf der hiesigen Bühne keine Erfolge errungen hat, es wenigstens nicht an unserem Bühnenpersonal liegt.

Bei dieser Gelegenheit lassen wir nicht unerwähnt, daß am Sonnabend Karl Görlicz's Lebensbild mit Gesang „Drei Paar Schuhe“, welches im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in Berlin so durchschlagenden Erfolg gehabt hat, daß es 50 mal hintereinander aufgeführt werden konnte, nun auch auf unserer Bühne zur Aufführung gelangt.

— m.

Vereine und Vorträge.

○ Die polytechnische Gesellschaft feierte am Dienstag im Kongressaal ihr dreijähriges Stiftungsfest. Es nahmen an demselben über 100 Mitglieder der Gesellschaft und eingeladene Gäste Theil und war der Saal in sinner und geschmackvoller Weise durch Hrn. Bergoldner h. h. dekorirt worden. An der schmalen Seite unter der Musiker-Darbühne waren, umgeben von grünenden Topfgewächsen, allegorische Figuren aus Bementzuh oder Gips aufgestellt, welche aus der hiesigen Gusssteinfabrik des Hrn. Krzyzanowski stammen. Außerdem befanden sich hier Ackerbaugeräthe und Maschinentheile aus der Eggielstischen

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 9. März. [Briefverkehr. Einnahmen der Postverwaltung.] Es ist schon vor längerer Zeit an die Deffentlichkeit gedrungen, daß die bei der Herabsetzung des Briefportos erwartete Vermehrung des Briefschlags sich vorläufig nicht in dem erwünschten Umfange herausgestellt hat. Nach einer Vergleichung des Briefverkehrs in den Jahren 1868/69 hatte sich die Zahl der gewöhnlichen Briefe im letzten Jahre nur von 211 Mill. auf 243½ Mill. gesteigert und die Vermehrung kommt zum großen Hinterstand, wie man erwarten sollte, auf die weitergehenden Briefe, für welche die Porto-Ermäßigung eingetreten ist, sondern auf die Ortsbriefsendungen, für welche nach wie vor dieselbe Gebühr erhoben wird. Die Vermehrung der Ortsbriefsendungen beträgt 15,3 p.C., während die der übrigen Briefsendungen sich nur auf 8,7 p.C. beläuft. Von bedeutsamem Einfluß, wenn auch nicht auf eine Steigerung der Einnahmen, so doch auf eine leichtere Verwaltung ist die Bestimmung gewesen, daß unfrankirte Briefe gegen frankierte eine Portoerhöhung erfahren sollen. Es hat sich die Menge der frankierten Briefe um 28,5 p.C. vermehrt. Die Zahl der rekommandierten Briefe hat sich von 4,460,256 auf 5,041,068, die der Drucksachen von 30,969,564 auf 37,306,020, die der Waarenproben von 2,311,450 auf 2,750,328 gesteigert, dagegen gegen die gesamten portofreien Sendungen von 56,363,716 auf 48,857,922 vermindert. Die Gesamtteilnahme der Postverwaltung des Nordde. Bundes haben sich im Jahre 1869 gegen das Jahr 1868 von 6,565,980 Thlr. auf 7,059,147 Thlr. gesteigert, also um 493,167 Thlr. Von dieser Summe kommen auf die Briefe 417,128 Thlr. Die Einnahmen aus den Drucksachen haben eine Vermehrung von 243,595 Thlr. auf 291,024 Thlr., aus den Waarenproben von 20,791 Thlr. auf 28,643 Thlr., aus der Rekommandationsgebühr von 193,336 Thlr. auf 211,359 Thlr., aus der Insinuationsgebühr von 32,452 Thlr. auf 35,087 Thlr. erfahren.

Berlin, 10. März. [Zur Statistik des Zollvereins.] Vor einigen Wochen hat eine Kommission der Zollvereinstaaten getagt, deren Aufgabe es war, eine weitere Ausbildung der Statistik des Zollvereins in Beziehung zu ziehen. Die Kommission hat auch die Statistik in Bezug auf land- und forstwirtschaftliche Verhältnisse einer Verhandlung unterzogen. Es sind in dieser Beziehung einige Resolutionen beschlossen worden. Nach diesen soll sich die Statistik der Land- und Forstwirtschaft des Zollvereins fürs Erste auf die periodische Entwicklung des Ackerbauverhältnisses und des Ernterates beschränken. Bei der Statistik der Thierzucht, Jagd und Fischerei soll es bis auf Weiteres lediglich bei der Zählung der Hauptwirtschaftungen und deren Unterscheidung nach Geschlecht, Alter und Benutzung verbleiben. — Was die Ernteräte anlangt, so sollen dieselben mindestens von den Hauptfruchtarten des Ackerlandes und von den Wiesen und zwar alljährlich und in unmittelbaren oder absoluten Zahlen für die landesübliche Flächeneinheit gegeben werden. Welche Fruchtarten dies sind, soll den höchsten landwirtschaftlichen Behörden der einzelnen Staaten überlassen bleiben. — Die Mitglieder der Kommission haben es übernommen, über den passendsten Zeitpunkt und die geeigneten Perioden der Zahlung von der Regierung, deren Vertreter sie waren, Anstrukturen einzuhören. — In Betreff der Ackerbauverhältnisse hat der preußische Kommissarius, Goh. Ober-Reg. Rath Dr. Engel, in seinem Bericht an den Minister des Innern folgende Fragen aufgestellt: 1) Soll sich die Acker-Statistik auf sämtliche land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Kulturländer erstrecken? 2) Von welchen Fruchtarten soll das Ackerbauverhältnis ermittelt werden? 3) Soll es gemeindeweise oder von jeder einzelnen Wirtschaft erhaben werden und bis auf welche Minimallgröße der Wirtschaft soll sich die Erhebung erstrecken? 4) Durch welche Organe soll die Ermittlung geschehen und durch welche Organe soll die Vorarbeitung und Konzentration der erhobenen Thatsachen erfolgen? 5) Zu welchen Zeit im Jahre soll die Erhebung stattfinden? 6) Wie oft, d. h. in welchen Perioden soll die Erhebung wiederkehren? 7) Soll man mit der Entwicklung des Ackerbauverhältnisses warten, bis die neue Maß- und Gewichtsordnung für den Nordde. Bund in Kraft getreten ist, d. h. bis nach dem 1. Januar 1872? In Bezug auf die Thierzählung sind folgende Fragen gestellt: ob nicht einige Veränderungen in den Fragen nach der Benutzung der Thiere, namentlich der Pferde, der Kühe und der Schafe vorzunehmen sind? Ob nicht die Ermittlung der Zahl der Hunde ganz unterbleiben kann? ob das Geschloß mit aufzunehmen werden soll? ob statt einer dreijährig wiederkreisenden Aufnahme nicht eine jahrlängige Periode Platz greifen könnte? etc.

** Das Landes-Dekonomie-Kollegium wird eine Reorganisation in Gemäßheit des von denselben entworfenen Statuts erfahren. Der hier im Februar zusammengetretene Kongress norddeutscher Landwirthschaft, wie die Delegiertenversammlung hatten nur Wünsche in dieser Beziehung ausgesprochen, ohne jedoch zur Formulierung irgend eines Beschlusses zu gelangen. Das nach ihnen zusammengetretene Landes-Dekonomiekollegium hat dieselbe Gelegenheit nach zweitägiger Beratung in einem Statut zu Ende geführt. Wie die „Kreuz“ hört, wird die Reorganisation nicht sowohl die ernannten wie die gewählten Mitglieder betreffen. Das Landes-Dekonomiekollegium soll bestehen aus seinen bisherigen ordentlichen und außerordentlichen 48 Mitgliedern; ferner aus 29 von dem Centralverein gewählten und aus

Konkurs-Öffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen, den 3. März 1870, Vormittags 12 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Louis J. Boenwohso zu Posen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinführung auf den 3. März 1870 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Agent Heinrich Rosenthal zu Posen bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 19. März c., Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters, sowie event. über die Bestellung eines einstweiligen Verwaltungsraths abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldeten, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolzen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

24. März c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Befreiung ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzulefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, die selben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

9. April c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals

auf den 23. April c., Vormittags 11 Uhr,

postrestante Tauenhien, Hint. Pommern.

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Gaebler, im Gerichtszimmer Nr. 13 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seiner Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Ort wohnhaften oder zur Präsis bei uns bestreitigen auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Mügel, Döckhorn und Berheim zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Ein Gut in Westpreußen, eine Meile von der Kreisstadt, mit circa 1300 Morgen Areal, sehr gutem Wiesengrund, Brennerei, Biegel, Kalkbrennerei, neuen mästigen Gebäuden, großem Lofzflager, ist mit allem Zubehör mit einer Anzahlung von 18 bis 22 Mille sofort zu verkaufen. Forderung 50 Mille, Hypothek fest, Restaufgeld kann mehrere Jahre unkündbar stehen bleiben. Offerten sub X. 9391 befördert die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin.

Eine Landwirthschaft

mit neu erbauten massiven Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, im Meseritzer Kreise belegen, soll aus freier Hand unter vortheilhaftem Bedingungen verlaufen werden.

Nur Selbstkäufer erfahren das Näherte durch Ferdinand Müller in Meseritz.

Ein Rittergut

vollständig arrondirt, 2 M. v. Lauenburg in Hinter-Pommern, Station der Städte Stolp, Danzig, Elbing, 1½ M. v. d. Ostsee, durchschnitten v. Chaufseen nach Stolp, Danzig, Lauenburg und Hafenort Leba ist zu 46 Thlr. per Morgen zu verkaufen. Gute, th. neue Wirthschaftsgebäude, vollständig und lebensdes Inventar, ca 3200 Mrg. Flächeninhalt, davon 2000 M. Kleefähig, meist weizfähig, 800 Mrg. Gras- und Buchwald, 200 M. Wiese und Bruch. Hypothekenverhältnisse sehr günstig. Näheres auf portost. Anfr. sub E. O.

postrestante Tauenhien, Hint. Pommern.

17 von dem Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannten Mitgliedern. Dem Bernheimen nach dürfte im nächsten Semester das so zusammengesetzte Landes-Dekonomiekollegium zu einer kurzen Sitzung einberufen werden.

Bern, 10. März. (Tel.) Der große Rath hat heute eine Million Franks Subvention für das Unternehmen der Gotthardbahn bewilligt.

Bermischtes.

Kassel, 8. März. Der „H. M. B.“ zufolge hat der Kurfürst von Hessen in seiner Prozeßsache gegen den Prinzen Wilhelm von Hanau, seinen Sohn, wegen Vertragsverletzung, gegen den Bescheid des zweiten Senats des hiesigen Appellationsgerichts die Nichtigkeitsbeschwerde beim Ober-Appellationsgericht zu Berlin erhoben.

* **Zu Stena** hielt am Abend des 25. Febr. der dortige Arbeiterverein eine Versammlung, wobei etwa 300 Personen anwesend waren, als plötzlich ein Theil des Bodens des Saales einstürzte. Mehr als achtzig Personen fielen mit herab, von welchen viele schwer beschädigt und eine getötet wurde.

Verantwortlicher Rekakteur: Dr. jur. Wasaer in Posen.

Angekommene Fremde vom 11. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. Graf Hade aus Alt-Ranft, Martini u. Frau a. Luckow, Bayer a. Golenczewo, Inspektor Croll a. Schloss Brandis, Frau Sanitäts-Räthin Dr. Belasko u. Tochter a. Kowanoew, Fr. Kittel a. Kriewen, Ingénieur Fischer a. Bentschen, Bau-meister Arndt a. Guben, die Kaufl. Wespe a. Berlin, Schäfer a. Offenbach, Simmer a. Elbersfeld, Schmidt u. Bussa a. Leipzig, Herzog a. Brandenburg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. v. Nischkowitz a. Polen, Frau v. Slawska a. Komornik, v. Chelmski u. Fr. a. Lukomia u. v. Dobrycki a. Bąblin, Propst Bismarck a. Murowa, Kaufm. Friedmann a. Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufl. Breidsprecher u. Klinge a. Stettin, Bauher a. Berlin, Verf. Beamter Prätel a. Berlin, Rittergs. Tschusche a. Babin, Gutsbes. Cichowski a. Grabow, Frau Kaziorowska a. Polen.

SCHWARZER ADLER. Gutsbes. Szulczenki a. Boguniewo, Rittergutsbes. Frau v. Jasinska a. Michalica, Frau Pontec a. Kam. a. Bef.

BERNSTEINS HOTEL. Die Kaufl. Greifenberg u. Rosenberg a. Grätz, Reinberg a. Rawicz, Dentz a. Wollstein, Glas a. Kosten, Dekonom Bolt a. Wilkow.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbes. v. Radomski u. Frau a. Gembotie, Meißner a. Kiekrz, Pezel a. Izbino, Hauptm. Pezel a. Grohdorf, die Kaufl. Niess a. Fernbach, Fadderajan a. Berlin, Kaufs. a. Stuttgart, Hoffmann a. Dresden, Arnhem a. Leipzig, Binner a. London, Erdmann a. Brandenburg, Gebert a. Königswberg, Hirsh a. Hamburg.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufl. Paulus, Degorski u. Fr. Spira, Raffel und Birker a. Bef. Landwirt Bulinski u. Fr. a. Strzalkowa.

Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

in der Zeit vom 15. bis einschließlich 20. März 1870.

A. Konkurse.

I. Öffnet: 1) Bei dem Kreisgericht in Posen am 3. März, Vorm. 12 Uhr, der Konkurs des Kfm. Louis J. Löwinsohn zu Posen. Tag der Zahlungseinführung: 3. März c.; einstw. Verwalter: Agent Heinrich Rosenthal. Über die Beibehaltung oder Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters soll in dem Termine am 19. März Beschluß gefaßt werden.

2) Bei dem Kreisgericht in Schneidemühl am 4. März, Nachm. 5 Uhr, der Konk. des Restaurateurs Theodor Arndt das. Tag der Zahlungseinführung: 1. März c.; einstw. Verwalter: Justizrat Pleß. Über die Beibehaltung eines bestehenden Verwalters soll in dem Termine am 18. März Beschluß gefaßt werden.

II. Beendet: Bei dem Kreisgericht in Schubin die Konkurse des Gutsächters Vincent v. Ruttomski und des Kaufm. Steyrowicz durch Verhältniss der Masse.

III. Termine und Fristablänge. Am 19. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Bromberg, Vorm. 11 Uhr, a) in dem Konk. des Missionspredigers Dr. Koppenlauf, Prüfungstermin; b) in dem Konk. des Kfm. F. Diederichs, Ablauf der Anmeldungsfrist für Forderungen. 2) Bei dem Kreisgericht in Posen, Vorm. 11 Uhr, a) in dem Konk. des Kfm. Louis Löwinsohn hier, Prüfungstermin; b) in dem Konk. des Joseph Wachler hier, Ablauf der Anmeldungsfrist für Forderungen.

Die Spener'sche Zeitung schreibt:

B. Subhastationen.

Der Termin steht an:	Besitzer	Lage und Nr.	Des zu subhastirenden Grundstücks		
			am	bei dem Gericht	z. Subh. B. Grundstück
15. Bromberg	Nalazek	Stronno 19	—	40	25
do.	Elermann	Bromberg, Bahnhofstr. 78	—	346	
do.	O. Schramm	Klein-Vartelsee 195	—	2	8
do.	Brandt	Tarusyn parowe 8	—	3	5
Breschen	Aronheim	Berkow 110	—	8	
do.	Brack	do. 51	—	29	
Pleischen	Lange	Prusinow 6	—	23	
do.	do.	Rudla-Hauland 16	—	5	
16. Rogasen	Pormann	Boruszyn 16	—	58	20
Schrimm	Chwitalski	Dolzig 30	170	—	
do.	Berends	Posen, St. Martin 163	25802	—	20
17. Lobsens	Schulz	Kolatt 2	—	110	20
Szroda	Trzemeszno	Ostromite trzemesz. 3	—	80	
Schubin	Giechstädt	Annovo 11	—	4	8
do.	Sonnenberg	Groß-Tonin 5	1720	—	
do.	Buda	Darmoszewo 2	—	27	15
do.	Schmude	Strzyzowo 2	—	27	20
do.	Sack	Szydlowiec 5a.	—	18	6
do.	Sobkowial	Niepruszewo 20	—	46	15
19. Schönlanke	Fabian	Schönlanke 294	—	64	
Grätz	Neumann	Glinau 121	—	8	
Inowraclaw	Fröhne	Sukatowo 39	—	13	

!!Avis für Gutsbesitzer!!

Für gut gelegene preiswerthe Güter und

Für Spiritus-Brennereien!

Verbesserter

Maisch-Destillir-Apparat

für continuirlichen Betrieb.

Dieser durch den mitunterzeichneten Fabrikanten F. A. Römer verbesserte zweittheilige Colonnen-Apparat, bei welchem alle Mängel des bisher in Betrieb gesetzten continuirlichen Apparate, namentlich das Vorkommen von Verstopfungen, gänzlich beseitigt sind, eignet sich für Maischen jeder Art. Seine außerordentliche Leistungsfähigkeit ist bereits in einer größeren Brennerei genügend erprobt und hat sich derselbe vollständig bewährt; es wird täglich mit demselben die Maische von 10 Wipfel Kartoffeln innerhalb 10 bis 11 Stunden mit Leichtigkeit abdestillirt und dabei eine Ausbeute von 10 p.C. pro Quart Maischraum ergiebt, wovon wir die sich dafür interessirenden Herren Brennereibesitzer durch eigene Anschauung gern überzeugen.

Die wesentlichsten Vorzüge des Apparats sind folgende: Große Leichtigkeit der Behandlung, geringer zu seiner Aufstellung erforderlicher Flächen- und Höhenraum, geringer Bedarf an Wasser und Dampf, somit Ersparniß an Feuerungsmaterial, außerordentlich schneller Betrieb, Erzielung eines sehr reinen, 90 bis 94 p.C. Tr. starken Spiritus und Gewinnung vorzüglicher Schlempe, da der Butter von derselben gänzlich geschieden wird.

Dieser vor erwähnte continuirliche, zweittheilige Colonnen-Apparat wird nur in unseren Fabriken gebaut, wir übernehmen für die Leistungen und Solidität volle Garantie, und indem wir uns zur Anfertigung solcher Apparate empfehlen, erklären wir uns zur Erteilung näherer Auskunft gern bereit.

F. A. Römer, Gustav Böllmann,

Kupferwaren Fabrikantin

in Görlitz. In Berlin, Bellealliance-

straße 11.

frische Tafelbutter im Golenciner Milchverkauf Schloßstraße 83 b.

Brust- und Lungenseiden ist Dr. Berrogels mexikanischer Balsam-Thee als sicher fies Heilmittel zu empfehlen.

Derselbe ist von Dr. Kriebel, prakt. Arzt in Berlin, Kommandantenstr. 7, à Poquet 1 Thlr. incl. Gebrauchsanzahlung zu bestellen.

Original-Staats-Prämienloose sind gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

haar oder aegen Postanweisung löst ein Original-Staatsloose zu der am 15. März d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

20 Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der

Kürze zur Entziehung gelangen.

Ganze Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1.

Vierteil do. . . . 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Auszahlung geschieht aar durch Unterzeichneten in allen Städten Deutschlands; Biehungslisten, sowie Pläne werden gratis ausgegeben.

Aufträge auf obige vom Staate garantierte Original-Loose können zur Bequemlichkeit durch Postanweisung gemacht werden, und werden dieselben prompt und unter strenger Disziplin ausgeführt. Man wende sich baldigst an das mit der Ausgabe beauftragte Staats-Esseten-Geschäft

von J. Rosenberg,

Hamburg.

Börse zu Posen

am 11. März 1870

Bonds. Posener 3½% alte Pfandbriefe —, do 4% neue do.

2½ Br. do. Rentenbriefe 3½ Br., poln. Banknoten 7½ Br.

[Amtlicher Bericht] Roggen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pf.]

pr. März 42½ Brühjahr 42½ April-Mai 42½ Mai-Juni 42½ Juni-Juli 43½

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Bak) gefündigt

21,000 Quart pr. März 13½ Br., April 14½ Br., Mai 14½ Br., Juni 14½ Br., Juli

14½ Br., August 15½ Loto-Spiritus (ohne Bak) 18½

Bonds. [Privatbericht] 3½% Preuß. Staatschuldutscheine 7½

Br., 4% Pos. Pfandbr. 8½ Br., 3½% do., 4% Pos. Rentenbr. 8½ Br.,

4½% do. Prov. Bank —, 4% do. Realcredit —, 5% do. Stadt-Oblig. —

4% Brück-Pof. Sammlungen 5½ Br., 4% Berlin-Görl. do., 5% Ital. —

Anleihe 5½ Br., 6% Amerikan. do. (de 1882) 9½ Br., 5% Türk. do.

(de 1865) 45 Br., 5% Oester.-franz. Staatsbahn —, 5% do. Südbahn (Bomb.) —, 7½% Rumän. Eisenb.-Akt. 7½ Br.

— [Privatbericht] Wetter: Schneetreiben Roggess; ermattend.

pr. März 42½ Br. do. Br., Frühjahr 42½ Br. u. Br., 42½ Br., April-Mai do., Mai-Juni 42½ Br. u. Br., Juni-Juli 42½ Br. u. Br.

Spiritus: flau Gefündigt 21,000 Quart. pr. März 13½ Br., April 14½ Br., Mai 14½ Br., Juni 14½ Br., Br. u. Br., Juli 14½ Br., Aug. 15½ Br. u. Br. Loto ohne

Bak 18½ Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. März. Wind: Nord. Barometer: 27°. Thermometer:

20°+. Witterung: Schnee. — Roggen bezahlt man heute anfänglich

Für Spiritus-Brennereien!

Verbesserter

Maisch-Destillir-Apparat

für continuirlichen Betrieb.

Dieser durch den mitunterzeichneten Fabrikanten F. A. Römer verbesserte zweittheilige Colonnen-Apparat, bei welchem alle Mängel des bisher in Betrieb gesetzten continuirlichen Apparate, namentlich das Vorkommen von Verstopfungen, gänzlich beseitigt sind, eignet sich für Maischen jeder Art. Seine außerordentliche Leistungsfähigkeit ist bereits in einer größeren Brennerei genügend erprobt und hat sich derselbe vollständig bewährt; es wird täglich mit demselben die Maische von 10 Wipfel Kartoffeln innerhalb 10 bis 11 Stunden mit Leichtigkeit abdestillirt und dabei eine Ausbeute von 10 p.C. pro Quart Maischraum ergiebt, wovon wir die sich dafür interessirenden Herren Brennereibesitzer durch eigene Anschauung gern überzeugen.

Die wesentlichsten Vorzüge des Apparats sind folgende: Große Leichtigkeit der Behandlung, geringer zu seiner Aufstellung erforderlicher Flächen- und Höhenraum, geringer Bedarf an Wasser und Dampf, somit Ersparniß an Feuerungsmaterial, außerordentlich schneller Betrieb, Erzielung eines sehr reinen, 90 bis 94 p.C. Tr. starken Spiritus und Gewinnung vorzüglicher Schlempe, da der Butter von derselben gänzlich geschieden wird.

Dieser vor erwähnte continuirliche, zweittheilige Colonnen-Apparat wird nur in unseren Fabriken gebaut, wir übernehmen für die Leistungen und Solidität volle Garantie, und indem wir uns zur Anfertigung solcher Apparate empfehlen, erklären wir uns zur Erteilung näherer Auskunft gern bereit.

F. A. Römer, Gustav Böllmann,

Kupferwaren Fabrikantin

in Görlitz. In Berlin, Bellealliance-

straße 11.

frische Tafelbutter im Golenciner Milchverkauf Schloßstraße 83 b.

Brust- und Lungenseiden ist Dr. Berrogels mexikanischer Balsam-Thee als sicher fies Heilmittel zu empfehlen.

Derselbe ist von Dr. Kriebel, prakt. Arzt in Berlin, Kommandantenstr. 7, à Poquet 1 Thlr. incl. Gebrauchsanzahlung zu bestellen.

Original-Staats-Prämienloose sind gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

haar oder aegen Postanweisung löst ein Original-Staatsloose zu der am 15. März d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

20 Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der

Kürze zur Entziehung gelangen.

Ganze Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1.

Vierteil do. . . . 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Auszahlung geschieht aar durch Unterzeichneten in allen Städten Deutschlands; Biehungslisten, sowie Pläne werden gratis ausgegeben.

Aufträge auf obige vom Staate garantierte Original-Loose können zur Bequemlichkeit durch Postanweisung gemacht werden, und werden dieselben prompt und unter strenger Disziplin ausgeführt. Man wende sich baldigst an das mit der Ausgabe beauftragte Staats-Esseten-Geschäft

von J. Rosenberg,

Hamburg.

Original - Staats - Prämienloose sind gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

haar oder aegen Postanweisung löst ein Original-Staatsloose zu der am 15. März d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

20 Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der

Kürze zur Entziehung gelangen.

Ganze Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1.

Vierteil do. . . . 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Auszahlung geschieht aar durch Unterzeichneten in allen Städten Deutschlands; Biehungslisten, sowie Pläne werden gratis ausgegeben.

Aufträge auf obige vom Staate garantierte Original-Loose können zur Bequemlichkeit durch Postanweisung gemacht werden, und werden dieselben prompt und unter strenger Disziplin ausgeführt. Man wende sich baldigst an das mit der Ausgabe beauftragte Staats-Esseten-Geschäft

von J. Rosenberg,

Hamburg.

Original - Staats - Prämienloose sind gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

haar oder aegen Postanweisung löst ein Original-Staatsloose zu der am 15. März d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

20 Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der

Kürze zur Entziehung gelangen.

Ganze Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1.

Vierteil do. . . . 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Auszahlung geschieht aar durch Unterzeichneten in allen Städten Deutschlands; Biehungslisten, sowie Pläne werden gratis ausgegeben.

Aufträge auf obige vom Staate garantierte Original-Loose können zur Bequemlichkeit durch Postanweisung gemacht werden, und werden dieselben prompt und unter strenger Disziplin ausgeführt. Man wende sich baldigst an das mit der Ausgabe beauftragte Staats-Esseten-Geschäft

von J. Rosenberg,

Hamburg.

Original - Staats - Prämienloose sind gesetzlich gestattet.

Neueste Geldverlosung.

Nur 2 Thaler

haar oder aegen Postanweisung löst ein Original-Staatsloose zu der am 15. März d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

20 Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der

Kürze zur Entziehung gelangen.

Ganze Originalloose 2 Thlr.

Halbe do. 1.

Vierteil do. . . . 15 Sgr.

